

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werthfähigen Bevölkerung.

Preisprospekt Nr. 926

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Preisprospekt Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg., auswärtsige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 275

Freitag, den 24. November 1905.

12. Jahrg.

Siehe eine Beilage.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Den Reichsfinanzfragen widmet die offiziöse „Nordd. Allgem. Ztg.“ einen längeren Artikel, der offenbar dem Zweck dienen soll, die Veröffentlichung der demnächst im Bundesrat zur Annahme gelangenden Reichsfinanzreformvorlage vorzubereiten. Nach einer Klage über die „unerföhrliche Gestaltung der Reichsfinanzen“ in den letzten Jahren tritt das Regierungsbüro dem Einwande entgegen, daß das Reich sich am besten durch Sparsamkeit helfen könne! „Die Erfahrung lehrt, daß auf solchem Wege das Gleichgewicht zwischen den bisherigen Einnahmen und den Ausgaben nur dann zu erreichen wäre, wenn man die notwendige Entwicklung des Reiches unterbinden und letzteres somit der Verkümmern preisgeben wollte. Es wäre das ein Vorgehen, wie man es im privatwirtschaftlichen Leben nicht selten zu beobachten Gelegenheit hat, wo ursprünglich gut fundierte und blühende Unternehmungen nicht bloß in Stillstand, sondern sehr bald auch in Besfall geraten, weil sie aus überbrachten Sparsamkeit Ausgaben scheuen, durch die sie sich allein wettbewerbsfähig zu erhalten in der Lage wären. Die Sparsamkeit im Reich ist seit einer Reihe von Jahren bis zur äußersten Grenze getrieben worden, gleichwohl ist es nicht gelungen, Ausgaben und Einnahmen in Uebereinstimmung zu bringen. Diese Tatsache ist in finanzieller Beziehung um so bedeutungsvoller, als aus den von Jahr zu Jahr beträchtlich wachsenden Anmeldungen des Afforts zu den Voranschlägen hervorgeht, daß die bewirkten Ersparungen größtentheils nicht als Wertungen, und daß die Befriedigung der zurückgestellten Anforderungen immer dringender wird.“ Die „Sparsamkeit“ ist im Reich immer nur an verkehrter Stelle betrieben worden. Wo es Kulturaufgaben zu lösen galt, da ist in der schlimmsten Weise gespart und geknauert worden, und die notwendigsten Aufgaben sind immer wieder unerfüllt geblieben. Für den kulturfeindlichen Militarismus und Marinismus hat man dagegen immer Geld gehabt; die Summe der Millionen, die sie verschlingen, ist zu immerdringender Höhe angewachsen. Nur hier liegt die Ursache, daß Einnahmen und Ausgaben nicht übereinstimmen. An der einzigen Stelle, wo gespart werden kann, ohne die kulturelle Entwicklung des Reiches zu gefährden, ja wo größere Sparsamkeit gerade die Kulturentwicklung fördern kann, da will man nicht sparen. Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ rechnet heraus, daß sich im Reichshaushalt eine Unterbilanz von mindestens 80 bis 90 Millionen Mark befindet, und weist zur Motivierung dessen darauf hin, daß die Fehlbeträge in den Jahren 1901 bis 1905 sich auf 80 900 000 M., 53 300 000 M., 63 800 000 M., 56 100 000 M. und 78 000 000 M. stellen. Das Blatt zählt dann die einzelnen Summen auf, für die Deckung gefunden werden muß. Die Reichsschuld, die seit 1877 unaufhaltsam von 722 Millionen auf über 3½ Milliarden angewachsen ist, fordert dringend eine geschickte festgelegte Tilgungsfrist. „Demgemäß wäre ein bestimmter Satz — etwa drei Fünftel des jeweiligen Gesamtbetrages der Reichsschuld — im Reichshaushaltetat auszuwerfen; bei der gegenwärtigen Höhe der Schuld würden sonach rund 2 126 000 000 Mark für diesen Zweck bereitgestellt sein. Ob bereits für 1906 die Mittel vorhanden sein werden, um mit der gesetzlichen Tilgung zu beginnen, ist im Augenblick mit Sicherheit noch nicht zu übersehen.“ Eine weitere wichtige Frage staatspolitischer Art ist die Entlastung des Reichsinvalidenfonds: „Der Fonds arbeitet gegenwärtig mit einer Unterbilanz von rund 286 Millionen Mark und wird über 1910 hinaus kaum über die Mittel verfügen, um den an ihn heranrückenden Ansprüchen zu genügen. Sollte seine Erhöhung in dem genannten Zeitpunkt eintreten, so würde das bedeuten, daß zur Deckung der jetzt ihm zufallenden Pensionen fast für 1911 mindestens 36 Millionen aus den ordentlichen Mitteln des Reiches aufgebracht werden müßten. Sollte eine so starke unvermittelte Forderung der Reichseinnahmen vermieden werden, so bleibt nur der Ausweg übrig, durch eine weitere Entlastung des Reichsinvalidenfonds der ihm drohenden Erschöpfung Einhalt zu tun.“ Der hierfür erforderliche Höchstbetrag würde rund 2 Millionen Mark erreichen, wozu noch für eine Reihe von Jahren die sogenannten Veteranenbeiträge mit einer jährlichen Steigerung von 2 bis 2½ Millionen hinzutreten. Als weitere notwendige Ausgabenposten werden angeführt: 18 Millionen Mark aus der Neuregelung des Militärpensionswesens, sechs Millionen aus der Aufbesserung des Wohnungsgeldes, 3,3 Millionen aus der Beseitigung des Personalservices, der Erhöhung der Sätze für Naturalverpflegung und der Erhöhung des Naturalquartierservices in den unteren Dienstklassen. Die Regerversordnungen in der Militärverwaltung

zur Durchführung und Erhöhung der Freiheitspreisen, sowie der gesetzlichen Festlegung der zweijährigen Dienstzeit berechnet der offiziöse Artikel auf etwa 30 Millionen Mark. Die Verbesserung der Unterkunftsverhältnisse der Unteroffiziere allein würde nach genauer Schätzung über 19 Millionen Mark erfordern. Die für den Ausbau der Kriegsstärke notwendigen Mittel sind bereits mitgeteilt. Von 1906 bis 1910 würde durchschnittlich eine Mehrausgabe von 15 Millionen eintreten, die 1910 demnach annähernd 76 Millionen Mark betragen würde. Den Bedarf an neuen Reichseinnahmen im Zeitpunkt der Höchstbelastung nimmt das Regierungsbüro, unter „Abänderung“ obiger Einzelposten und Berücksichtigung der jetzigen „Unterbilanz“ auf mindestens 245 bis 255 Millionen Mark an. „Hierzu müßten 220 bis 230 Millionen Mark durch neue Steuern und Zölle aufgebracht werden, während der Rest aus den Mehreträgen des künftigen Zolltarifs Deckung finden würde.“ — Da hätten wir die Reichsfinanzreform? Beseitigung in offiziöser Aufmachung. Die offizielle Bestätigung wird nicht lange auf sich warten lassen.

Um einem politischen Massenstreik in Deutschland vorzubeugen, schlägt die „Arbeitgeber-Zeitung“ die Einführung folgendes Paragraphen in das Strafgesetzbuch vor: „Wer außer zu dem in § 152 der R.G.B. bezeichneten Zwecken es unternimmt, Arbeitseinstellungen hervorgerufen, welche infolge ihres Umfangs geeignet sind, das Deutsche Reich in wirtschaftlicher Hinsicht durch Unterbindung seiner Produktion, seines Handels oder seines Verkehrs dem Auslande gegenüber zu schädigen, wird... bestraft. Das gleiche gilt, wenn die Schädigung nur eines Bundesstaats oder mehrere einzelne Bundesstaaten betrifft. Sind durch die im Abs. 1 bezeichneten Handlungen wirtschaftliche Nachteile eingetreten, so kann die Strafe bis auf... erhöht werden.“ Die Herren von der „Arbeitgeber-Zeitung“ müssen doch ziemlich dumm sein, wenn sie glauben, daß die Arbeiter sich durch gesetzliche Bestimmungen von der eventuellen Anwendung des Massenstreiks abhalten lassen.

Die Mandatsniederlegung des Gen. Schippel ist Tatsache. Der Parteivorstand erhielt vom Genossen Schippel am Montag abend folgenden Brief:

Berlin, 20. 11. 05.

Wetter Genosse!

Dem Parteivorstande teile ich hierdurch mit, daß ich mein Reichstagsmandat für den Chemnitzer Wahlkreis niedergelegt habe.

Bereits seit langem zwang mich mein Gesundheitszustand zu einer immer stärkeren Einschränkung meiner öffentlichen Tätigkeit. Die letzten Wochen haben meine Hoffnung auf Besserung derart herabgemindert, daß ich im Verzicht auf das Mandat den einzigen Ausweg sehe, um bei kommenden wichtigen parlamentarischen Entscheidungen den Chemnitzer Arbeitern wieder eine aktivere Vertretung im Reichstag zu sichern.

Nach der Resolution (Freythaler) des Bremer Parteitages und nach der ihr in Bremen seitens des Fraktionsreferenten gegebenen Interpretation glaube ich meine endgültige Entscheidung treffen zu dürfen, ohne vorher mit dem Fraktions- oder Parteivorstand die Rücksprache zu nehmen, die ich sonst ganz gern gesucht haben würde.

Selbstverständlich soll durch meine Mandatsniederlegung meine Parteizugehörigkeit in keiner Weise berührt werden.

Mit Parteigrüß

Max Schippel.

Die vom Genossen Schippel angezogene Resolution Freythaler des Bremer Parteitages war nur ein Amendement zur Resolution Bebel gegen Schippels Haltung in der Frage der Lebensmittelpolitik. Diese Resolution Bebel, die in ramentlicher Abstimmung mit 234 gegen 44 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen wurde, hat folgenden Wortlaut:

„Der Parteitag mißbilligt auf das Schärfste die Unklarheit und Zweideutigkeit, mit welcher der Genosse Schippel seit langem in Wort und Schrift sich gegenüber der Frage der Lebensmittelpolitik verhalten und dadurch unseren Feinden Material gegen die Partei geliefert hat.“

Wenn schließlich der Genosse Schippel durch die Fraktion zu klarer Stellungnahme gebrängt, erklärte, daß er Gegner der Agrarzölle sei und in der Zolltariffrage die Stellung der Partei teile, so war es um so ungreiflicher und unverzeihlicher, daß er seit Jahren seinen ganzen Scharfsinn und sein ganzes Können aufbot, um zu beweisen, daß vom agrarischen Standpunkt aus die Forderung der Agrarzölle gerechtfertigt sei, eine Aufgabe, die wahrlich nicht diejenige eines Sozialdemokraten sein kann.

Der Parteitag mißbilligt aber auch entschieden den häßlichen und hochfahrenden Ton, in dem der Genosse Schippel die Polemik gegen die Partei führte, ein Verfahren, das sich umso weniger rechtfertigt, als er seinen

Standpunkt in der Agrarfrage von Grund aus gewechselt hat.“

Das Amendement Freythaler, das mit 150 gegen 126 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen wurde, lautet:

„Der Parteitag erklärt weiter, daß das Vertrauen, dessen ein Genosse zur Bekämpfung von Vertrauensstellungen in der Partei unbedingt bedarf, gegenüber dem Genossen Schippel aufs tiefste erschüttert ist und daß, wenn Schippel fortfährt, in der bisherigen Weise zum Schaden der Partei zu wirken, er gezwungen sein wird, die Konsequenzen seines Verhaltens zu ziehen.“

Die Auslegung schließlich, die der parlamentarische Referent, Genosse Ledebour, ohne Widerspruch diesem Amendement gab, war diese:

„Im Sinne der Debatte bedeutet das Amendement, glaube ich, weiter nichts als das: es kann Schippel nicht mehr dasjenige Vertrauen geschenkt werden, das für einen Abgeordneten notwendig ist. Es soll ihm da nur in höflicher Form ausgedrückt werden, daß er augenblicklich zur Ausübung eines Mandats nicht befähigt ist. Fast man das Amendement so auf, so hat es nichts Ehrenrührendes. Die Ehre Schippels wird nicht angetastet; ich bitte Sie, die Resolution Bebel mit dem Amendement anzunehmen, damit die Klarheit geschaffen werde, die nun einmal unbedingt notwendig ist.“ (Beifälliger Beifall.)

Wir fügen schließlich für heute noch das Stimmenverhältnis der letzten Chemnitzer Reichstagswahl an: es erhielten 1903 bei der Hauptwahl: Genosse Schippel 34 266 Stimmen, der Nationalliberaler 13 078, ein freisinniger Volksparteier 3703 ein Zentrumsmann 188. Danach erlangten wir das Mandat mit 66,9 Prozent aller abgegebenen Stimmen, ein Ergebnis, das es als sicher erscheinen läßt, daß unsere Chemnitzer Genossen das Mandat der Partei ohne weiteres auch bei der Neuwahl erhalten werden. Genosse Schippel, der 1859 in Chemnitz geboren ist, vertrat den Kreis ununterbrochen seit 1890.

Aktuelle Wählaktion. Wie anlässlich der heftigen Landtagswahlen (s. unten) des Zentrums gearbeitet worden ist, mag folgendes beweisen. In einer Wählerversammlung sagte der Pfarrer (!) von Ober-Köben mit Bezug auf unseren Kandidaten: „Der Mann soll sich erst reinigen von Sünden, Laster und Wanken, ehe er öffentlich auftritt.“ Diesen Ausspruch tat der Pfarrer, weil ihm fälschlich berichtet worden war, daß er die Jesuiten verglichen mit Füßen. Tatsächlich aber hat Pfarrer nachdrücklich betont, daß die Sozialdemokraten, was auch dem Pfarrer bekannt sein könne, von Anfang an und heute noch Gegner des Ausnahmegesetzes gegen die Jesuiten sind, daß aber die Nationalliberalen die Führung im „Kulturkampf“ hatten und daß noch im Vorjahr in Frankfurt ein nationalliberaler Parteifreier die Jesuiten mit einer Föh-plage verglich. In der Zentrumsversammlung meldete sich sofort ein Ohrenzeuge der Pfarrer, der die Verdrehung richtigstellen wollte, aber der Pfarrer ließ ihn nicht sprechen. Das nennt sich „Toleranz“!

Gegen das Dreiklassen-Wahlrecht in Sachsen wurde in etwa 130 Versammlungen, die sich über das ganze Land erstreckten, Protest erhoben. Allgemeines Interesse dürfte bei unseren Genossen die Leipziger Demonstration erwecken, die von einem Richterfakker des „Vort.“ wie folgt geschildert wird: Die Genossen des zwölften und dreizehnten sächsischen Reichstagswahlkreises hatten für Sonntag vormittag fünf große Demonstrationsversammlungen einberufen, die sich in ihrer Gesamtheit und in ihrem Verlaufe zu einer maßvollen Kundgebung des Leipziger Proletariats gestalteten. Vier vormittags in der zehnten Stunde der inneren Stadt aufträte, der konnte schon am Straßenbilde erkennen, daß sich etwas Besonderes vorbereitete. Aus allen Gegenden der Stadt zogen Hunderte und Aberhunderte von Arbeitern und Arbeiterfrauen zu den im Zentrum belegenen Versammlungsorten, in ununterbrochener Reihenfolge brachten die Straßenbahnzüge die Scharen der Demonstranten aus den Vororten heran. Mit ihnen zugleich strömten zu Fuß und auf der elektrischen Bahn zahllose Schulkinder aus allen Kreisen ihrem Hauptquartier, dem Gebäude der Polizeidirektion auf der Wächterstraße zu. Vertilgte Schutzmanspatrouillen durchstreiften die Straßen, überall leuchteten die weißen Hülsippen. Besonders in der Umgebung der Versammlungsorte, für die das Volkshaus, das Nrattheater, das Sanssouci, das Pantheon und der Neubürger Schlosskeller aussersehen waren, häuften sich die Polizeiposten. Lange vor Beginn der Versammlungen waren die Säle bis auf den letzten Platz besetzt und auf polizeiliche Anordnung abgesperrt. Wohl an achttausend Menschen lauteten hier, in der qualvollen Enge handhaft aushaltend, den Auftritten der Referenten, die in scharfen Worten das zweifelhäftige Verhalten der Regierung und der reaktionären Dreiklassen- Bourgeoisie der Wahlrechtsfrage gegenüber geißelten und erklärten, daß die sächsische Arbeiterklasse nicht eher ruhen werde, als bis ihrer gerechten Forderung nach dem allgemeinen gleichen Wahlrecht

auch für den sächsischen Landtag die volle Befähigung geworden. Unter brausendem Beifall wurden die den Verammelten vorgelegten Resolutionen angenommen. Draußen aber auf den Straßen vor den Versammlungstotalen wogten viele Hunderte von Ausgesperrten hin und her, die den Schluß der Tagungen erwarteten. Besonders stark waren die Ansammlungen vor dem Zentraltheater und dem Saal-Jouel, die ganz nahe beieinander fast im Mittelpunkt der Stadt gelegen sind. Endlich öffnet sich die verschlossene Türen und heraus strömen selber unabsehbare Mengen. Da auf einmal — Ein Mensch weiß, wer sie zuerst gegeben — geht die Besetzung von Mund zu Mund: Nach dem Augustusplatz! Einer sagt es dem andern, und wie, wie selbstverständlich, wagt sich der schwarze Menschenstrom durch die Hauptstraßen hin zum Augustusplatz. Von allen Seiten ziehen sie heran, die demonstrierenden Arbeiterbataillone, sie scharen sich um den Schmiedemann, der sich in der Mitte des einen Platzes erhebt, sie besetzen die breiten Terrassen der städtischen Gemäldegalerie. Und bald ist die eine Hälfte des Platzes, eines der größten und schönsten in ganz Deutschland, mit demonstrierenden Arbeitern wie bedeckt. Nur ein kleines Platzstück ist zur Stelle. Dieser Ernst und eine gewisse Spannung spricht aus den Gesichtern der nun auf mehr als Bertaufend angewachsenen Menge. Da hingen zwei Schupprennabteilungen, die wohl von den östlichen Versammlungstotalen kommen, in den Promenadenring ein, in geschlossenen Reihen marschieren sie am Augustusplatz vorbei, hinter ihnen her aber ergießt sich die von Minute zu Minute wachsende Masse der Wahlrechtforderer. Auf dem Königplatz kommt wieder neuer Zug: mehrere Tausend, die im und am Volkshaus sich gesammelt hatten. Vor ihnen her marschiert eine Reihe Schulleute. Als sie am Hauptzuge angelangt sind, schwenken die Polizisten ab, und ungehindert bereinigen sich die beiden Menschenmengen. Nun geht es ohne Störung weiter, vorüber am neuen Rathaus. Immer neue Mengen drängen von oben nach, als wollte der Strom kein Ende nehmen. Auf der Promenade ging es weiter, zum russischen Konsulat. Ein Augenblick kommt der Zug ins Stehen. Von einem Saalhaus her richtet ein Genosse ausführende Worte an die Masse, und: Hoch das freie Wahlrecht! Heraus mit dem Wahlrecht! erwidert es aus vielen Tausenden Reihen. Und um die Promenade herum kam der Zug wieder zum Augustusplatz und bog in die Poststraße ein. Hier befindet sich im Hause der „Königlichen Leipziger Zeitung“ das österreichisch-ungarische Konsulat. Abwärts erschollen die Wahlrechtsrufe, mit denen die Leipziger Proletariat ihre Kampfgesinnung vor der Moldau und der Donau grüßten. Wie bisher von Schupprennern getrennt geleitet, zog man noch die Dresdener Straße hinauf vor die Wohnung des Oberbürgermeisters. Hier hielt wieder einer der Führer eine kurze Ansprache. Der Oberbürgermeister habe einmal gesagt, wer sein Recht nicht zu erkämpfen wisse, der verdiene nicht, ein Mensch zu sein. Die sächsische Arbeiterchaft habe heute den ersten Schritt getan, um ihr Recht zu erkämpfen, und sie werde nicht ruhen, bis es errungen sei. Zum letzten Male erschollen die Rufe zu den Fenstern hinauf, dann zerstreute sich die Menge mit derselben Ruhe, die sie bisher bewahrt hatte.

Die **Mirbach-Angelegenheit** will das Zentrum im preussischen Abgeordnetentag zum Gegenstand einer Interpellation machen. Die Gründe sind klar: Man will gewisse protestantischen Kreise in Berlin einwickeln.

Sachsen. Die Stichwahl ist mit einem Siege des Antisemiten über unsere Genossen sehr auszufallen. Die stetigen Erwartungen, die wir auf die Haltung der Freisinnigen gesetzt hatten, haben sich bestätigt: der größte Teil der „entschiedenen Liberalen“ Männer hat dem Raden Antisemiten seine Stimme gegeben. Daß dem so ist, beweist das Verhältnis bei Haupt- und Stichwahl. Nach dem letzten Resultat erhielt Genoss. Leber 8748 und der hundert fünfzig Antisemitische Schad 10 392 Stimmen. Da Schad bei der Hauptwahl 4049 Stimmen erhalten hatte, hat er einen Stimmenzuwachs von 6343 Stimmen erhalten, während Lebers Stimmenzahl nur um 1919 Stimmen zunahm. Da bei der Hauptwahl nur 2782 nationalliberale und 1112 Zentrumstimmen abgegeben wurden, hat der Antisemit in der Stichwahl also 2449 Stimmen mehr erhalten, als bei der Hauptwahl für Antisemiten, Nationalliberale und Zentrum überhaupt abgegeben worden waren. Demnach steht die Teilhabe unerschütterlich fest, daß der größte Teil freisinniger Wähler in der Stichwahl für den Kandidaten des Brotwachters seine Stimme abgegeben hat! — Die guten alte Anforderungen des Freisinnigen Kandidaten Kämerer ist also von der Mehrzahl seiner Parteigenossen nicht beachtet worden, wodurch der weitere und notwendigste Kampf der freisinnigen Zentralparlamenten ihre Wirkung verliert. Der Freisinn hat wieder einmal bewiesen, daß er ein äußerst jämmerliches und läppisches Gewächs ist, und daß er aus Angst vor der Sozialdemokratie mit der fortschrittlichen Reaktion durch die Hand zu greifen.

Ueber die vom „Rad“ Antisemit mit Unterstützung gemachten „sozialdemokratischen Kassenführungen“ in Dresden am Donnerstag Abend berichtet die freisinnige „Eisenacher Tagespost“:

„Von den Antisemiten herbeigerufen Herrschern haben Donnerstag Abend in Dresden zu haben die folgenden Vorgänge stattgefunden, die das Antisemitische Dresden in seiner Stadt in der größten Schand hat. Die Haupt- und Stichwahl der sächsischen Abgeordneten und die Wahl der Reichstagsabgeordneten hat die Vorgänge gegeben. Schon seit Beginn der Wahlkämpfe hat der Antisemit die sächsischen Abgeordneten hier verschlossen Türen gehalten, wo man ihnen allerdings Sonderverordnungen gab. So ist es im Dresden, wenn die einzelnen Abgeordnete allerdings durch den Antisemitischen Reichstagsabgeordneten in Dresden, die Antisemiten die Antisemiten wollten von den Antisemiten in Dresden herbeigerufen, geschickte Freisinnigen und die Antisemiten haben sich genötigt, die Antisemiten zu lassen, als es nur die Sozialdemokratie zu unterstützen vorzugehen wollte. Auf der einen Seite wurde die Antisemiten auf die Antisemiten verschlossen, und die Antisemiten haben sich genötigt, die Antisemiten zu lassen, als es nur die Sozialdemokratie zu unterstützen vorzugehen wollte. Auf der einen Seite wurde die Antisemiten auf die Antisemiten verschlossen, und die Antisemiten haben sich genötigt, die Antisemiten zu lassen, als es nur die Sozialdemokratie zu unterstützen vorzugehen wollte.“

Trotzdem haben die Antisemiten, da man das politische Glaubensbekenntnis ja nicht als Reinspiel an der Stirn trägt, einer großen Anzahl Sozialdemokraten auf ihren Namen lautende Karten gesandt. Als nun die Karten-inhaber Eintritt zur Versammlung verlangten, wurde dieser brieflich verweigert. Daraufhin wurden die antisemitischen Jünglinge, die am Vorabend geblieben, zurückgedrängt und eine Anzahl Wähler, unter denen auch die Sozialdemokraten stark vertreten waren, besetzten die Galerien und einen Teil des unteren Saales. Die Antisemiten Schad und Lettmann waren bis nach 1/9 Uhr überhaupt nicht zu sehen, und erst dann gingen sie, wie aus den zuverlässigeren Seiten berichtet wird, durch einen hinteren Eingang nach der Bühne, wo sie hinter den Kulissen verblieben. Als die eingeladenen Wähler sahen, daß man keine Anstalten traf, die Versammlung zu eröffnen, wurden sie ungeduldig und begannen durch Rufen und Jurene ihren berechtigten Unwillen kundzugeben. Die antisemitischen Eindrücke hatten aber nicht den Mut, die Versammlung abgehalten, sondern ließen während des ohrenbetäubenden Lärms durch Herrn Polyzeltzky's Schwärzer erklären: die Versammlung finde nicht statt. Unter andauerndem stürmischen Hochrufen auf den sozialdemokratischen Kandidaten Leber und nachdem alles halbes Plakate mit der Aufschrift: „Wahl Leber!“ entfaltet worden waren, leerte sich der Saal. Alle Demonstranten zogen nach dem Karlsplatz, wo sie am Luther-Deukmal große Kundgebungen zugunsten des sozialdemokratischen Kandidaten veranstalteten. Hierbei war auch eine rote Fahne entfaltet worden mit der Aufschrift: „Nieder mit der Reaktion!“ Ein starkes Schugmannsangebot hielt den Eingang zum Thüringer Hof besetzt, in dem die Antisemiten ihre Versammlung fortzusetzen suchten. Die Demonstranten verlangten nun, daß die Versammlung im Thüringer Hof nicht stattfinden solle, weigern Verlangen auch von der Polizei nachgekommen wurde.

So das Blatt des freisinnigen Kandidaten selbst. Und sogar die nationalliberale „Eisenacher Btg.“, die Schad seit der Hauptwahl täglich feierte, muß bekennen:

„Man muß aber doch auch hier so viel Gerechtigkeit üben, daß man den Sozialdemokraten nicht alle Schuld allein aufbürdet. Die Geheimnistuerei der Antisemiten, der vollständige Ausschluß der Öffentlichkeit bei ihren Versammlungen, ist eine solche politische Rückständigkeit, ein so geradezu unpolitisches Verhalten, daß man sich nicht wundern darf, wenn es aufreizend wirkt. Einem anderen bürgerlichen Stichwahlkandidaten als Herr Schad hätten die Sozialdemokraten solche Rabauzereien nicht bereitet.“

So sah es im Wirklichkeit am den „Terrorismus“ der Sozialdemokratie aus! So sah auch der Kandidat des Brotwachters und der Arbeitervereins aus, den ein großer Teil des Eisenacher Freisinn in den Reichstag schicken darf.

Bei den **Gemeinderatswahlen** in Fürth erhielt unsere Partei 3040, die vereinigten Gegner 3940 Stimmen. Unsere Genossen erhalten also 6, die Gegner 8 Sitze. — Zum ersten Male siegte bei den Stadtverordnetenwahlen in Eisenburg ein Sozialdemokrat in der 3. Abteilung.

Ein „mutiger“ Reichstagsabgeordneter scheint der Eppendorfer Herrsch zu sein, da derselbe sich einem vom drohenden Strafverfahren durch die Flucht entzog. Ist es ein Steckbrief hinter den tapferen Volksvertreter erlassen worden.

Der **bayerische Wahlreformgesetzentwurf** ist Dienstag von der Abgeordnetenkammer in zweiter Lesung angenommen worden, und zwar in der Form, wie ihn der Zentrumsantrag wollte. Die von liberaler Seite beantragte Einführung der Verhältniswahl nach absoluter Mehrheit an Stelle der relativen Mehrheit wurde gegen die Stimmen der Liberalen, Sozialdemokraten und der freien Vereinigung abgelehnt.

Ein **Leichnam zu galvanisieren** bezweckt ein „Antisemite“ Kandidat, das die nationalliberale Parteiung des Reichstages Tages verwendet; in dem von unserem Kaiser Bundesorgan veröffentlichten Schriftstück heißt es: „Im Interesse der bedrohten Vaterlandsliebe unserer Partei ist die gegenwärtige Lage sehr bedauerlich, Ihnen unter der Hand folgendes zu unterbreiten. Von den bewährten Freunden einer gesamtliberalen Politik und eines gesunden sozialen Fortschritts in unserem Kreise ist im Sinne des letzten Jahres einer nach dem andern von der politischen Arena abgetreten. Der Gründe sind viele, oft unheilbar und begründet. Die uns im hiesigen Kreise seit Jahrzehnten zugefallene Rolle der Reichstagspartei, Ziellosigkeit und Unfähigkeit in den weitesten Kreisen unserer Parteigenossen, die immer unerschütterlicher Gestaltung unserer gemeinsamen Interessen und vergleichbar mehr... So haben wir also an dem Punkte, an dem uns nur die Wahl bleibt, entweder aus Mangel an Interesse zu kandidieren oder noch einmal einen energischen Versuch zu machen, die Organisation und Stellung unserer Partei im Reich so weit zu heben und zu erhalten, daß wir die politischen Ergebnisse des Wahljahres 1908 über die Fortschrittlichen Partei entscheiden lassen können.“ — Der Inhalt des Zusammenfassendes ist hier nur teilweise wiedergegeben, die aber nicht ohne Erfolg geblieben wäre, wie sie ohne allen Zweifel erfolgreich bleiben wird, den Toten noch nicht wieder zum Leben erwecken könnte.

Das **Vaterland** ist gerettet! Das Reichsgericht verurteilt die Schugmanns Smoljeminow wegen verübten Verbrechens militärischer Geheimnisse zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis, 1500 Mark Geldstrafe und Stellung eines Polizeibehörden. Da aus der Urteilsbegründung hervorgeht, hat die Angeklagte sich in dem Bestreben der Schugmanns gezeigt, die geeigneten unter Umständen die Sicherheit des Deutschen Reiches zu gefährden, und diese Schugmanns im Auftrag einer auswärtigen Regierung an eine ausländische Militäraktion abzugeben.

Ein **sozialdemokratischer Vizepräsident.** Der Landtag von Schwarzburg-Rudolstadt wählte den Antisemiten Schütz (frei) zum Präsidenten, unseren Genossen Franz Winter zum Vizepräsidenten. Die beiden Antisemiten Abgeordneten wurden für gültig erklärt, als auf die Wahl im Reichsstatute, wo der

Freisinnige über unsern Genossen Schöll in der Stichwahl siegte.

Norwegen.

Monarchische Sozialdemokraten. Anlässlich der Königswahl im Storting erklärte Pastor Erikson (Soz.), daß seine Partei für den Vorschlag des Präsidenten stimmen werde, da durch die früher gefassten Beschlüsse das Königtum bereits festgelegt sei und keine Veranlassung vorliege, für einen anderen Vorschlag zu stimmen. — Wie finden dieses Verhalten recht sonderbar! Sozialdemokraten stimmen für die Wahl eines Königs. Der Einwand, daß die Volksabstimmung für sie maßgebend sei, kann hier nicht zutreffen; für Sozialdemokraten kann nur ihr Wahlsitz in Frage kommen.

Rußland.

Ueber die **Bedeutung der Bauernbewegung** für die Sache der Freiheit herrschen naturgemäß die verschiedenartigsten Meinungen. Während einerseits die Bedeutung dieser Bewegung für die Revolution betont wird, erblickt man andererseits in den Bauern eifrigste Förderer der Freiheitsbewegung. Dem „Vorwärts“ wird über die Agrarrevolution geschrieben: Aus Initiative der Selbstwirtschaftler und Semstwoorganisationen hat im Mai dieses Jahres zum ersten Male ein Kongreß der Bauern des Gouvernements Moskwa stattgefunden. Dieser Kongreß beschloß, es müsse ein Bauernbund für ganz Rußland gegründet werden. Mitte August fand der erste konstituierende Kongreß des Bauernbundes für Gesamtrußland in Moskwa statt. Es waren auf ihm anwesend ca. 100 Bauern aus 22 Gouvernements. Auch offizielle Vertreter der sozialdemokratischen Partei und der Partei der Sozialisten-Revolutionäre nahmen an den Verhandlungen teil. Der Kongreß jante den Brüder-Arbeitern, die in den Städten für die politische Freiheit kämpfen, — den wärmsten Dank, und schloß sich den politischen Forderungen — der russischen Arbeiterchaft an. In der Agrarfrage wurde der folgende Beschluß gefaßt: 1. Das Privateigentum auf Grund und Boden wird aufgehoben. 2. Die Ländereien der Klöster, der Kirchen, des Adels (d. h. der Krone) sollen konfisziiert werden ohne jede Entschädigung. 3. Das Land der Großgrundbesitzer wird zum Teil gegen Entschädigung, zum Teil ohne eine solche konfisziiert. 4. Die Nebenbungen, unter denen das Land der Großgrundbesitzer konfisziiert werden soll, werden von der konstituierenden Versammlung festgesetzt werden.

Ueber die weitere Tätigkeit des Bauernbundes brachte „Nowoje Wremja“ vom 9. November 1905 die folgende Notiz: „Das Bureau des Bauernbundes für Gesamt-Rußland hat vom heutigen Tage an seine Tätigkeit begonnen, indem es das Material für den im Januar bevorstehenden Bauernkongreß für Gesamt-Rußland vorbereitet. Das Bureau versendet Auftrufe mit einem fertigen Gemeindefestsetzungsentwurf. Es wird den Bauern vorge schlagen, diesen Gegenstand zu besprechen und darüber Gemeindefestsetzung zu fassen. Der Entwurf empfiehlt sich auszuspochen für das allgemeine Wahlrecht mit Einschluß der Frauen, für die direkte und geheime Stimmabgabe, für die Aufhebung der Stände, für die Selbstverwaltung der Woiwodschaften (Woiwod ist ein Bezirk, der aus fünf bis zehn Dörfern besteht) und selbstbestimmende Bezirke, in denen Angehörige aller Stände gleichberechtigt sind, für eine Reform der Distrikte, Gouvernements- und Provinzverwaltungen im dem Sinne, daß die Funktionen dieser Verwaltungen Gemeindefestsetzung übertragen werden, die auf Grundlage des allgemeinen Wahlrechtes gewählt werden, für die Ueberführung aller Ländereien, die dem Staate, Adel, den Klöstern, den Kirchen und privaten Grundbesitzern gehören, in das Eigentum des Volkes mit der Bestimmung, daß das Land nur denen zur Benutzung überlassen wird, die es mit eigener Arbeit oder mit der Arbeit ihrer Familie bebauen. Die indirekten Steuern auf Gebrauchsgüter sowie die Abgabe auf Streichhölzer, Zucker usw. müssen aufgehoben und durch die Einkommensteuer ersetzt werden. Alle Kinder beiderlei Geschlechts im Schulalter müssen Bildung auf Staatskosten erhalten. Zum Schluß wird die Befreiung aller Bauern verlangt, die infolge der Agrarreformen gelitten haben. Was die Bedingungen anlangt, unter denen der Grund und Boden in das Eigentum des Volkes übergeführt wird, so sollen sie nach Ansicht des Bureaus des Bauernbundes durch die frei erwählten Vertreter des Volkes festgelegt werden. Wie uns mitgeteilt wird, sind bereits ganze Tausende von Gemeindefestsetzungen, die im Sinne der oben dargelegten Forderungen gefaßt und mit Unterschriften versehen sind, in das Bureau aus verschiedenen Gegenden Rußlands geschickt worden.“

Obige Mittelungen sind hochwichtig. Der Agrarkommunismus frucht den russischen Bauern im Bunde. Die aus Zentralrußland in den letzten Tagen eintreffenden Nachrichten über Massenerhebungen der Bauern zeigen, in welchem Umfang die kommunistischen Ideen in der russischen Bauernschaft vorhanden sind. Dem russischen Bauern ist der Begriff des Gemeindefestsetzungen auf Grund und Boden noch nicht fremd geworden, es sind erst einige Generationen verfloßen, seitdem der russische Grund und Boden aus Eigentum der Gemeinde in Privateigentum verwandelt wurde. Den Hauptantrieb am Gemeindefestsetzungen führte genau wie in England, Frankreich, Deutschland — in den letzten Jahrhunderten besonders in Ostpreußen und in Rußland — der Adel aus, der die besten Ländereien in Besitz nahm. Auch bei der Aufhebung der Selbstgenossenschaft in Rußland zu Anfang der 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts wurden genau wie bei der sogenannten Bauernbefreiung in Preußen vom Jahre 1810 die Bauern gründlich über Ohr gehauen. Unter dieser Peinlichkeit leidet noch heute der russische Bauer sehr schwer und jetzt glaubt er, daß die Stunde gekommen sei, um zurückzuschauen, was ihm in jahrhundertelanger Anwesenheit von seinen Herren gestohlen wurde.

Käme es je in Deutschland zu einer revolutionären Bewegung, wahrscheinlich würde diese im Osten der Elbe und damit einsehen, daß sie den Bauern und dem Tagelöhner das Herrenland, in erster Linie den Selbstgenossenschaft als Gemeindefestsetzung überließerte. Eine agrarische Revolution wäre in Ostpreußen leichter durchzuführen, als irgend sonst wo in Deutschland.

Ein **polnischer Dichter als Märtyrer der Revolution.** Unter den Revolutionären, die in den letzten Tagen in Warschau von den Schergen des Zaren in das Gefängnis geschleppt worden sind, befindet sich auch Genosse

Der o. z. w. s. k. l., der unter dem Pseudonym R. W. a. r. z. h. n. o. m. a. l. h. als Romantiker bekannt ist und als einer der bedeutendsten Repräsentanten der modernen polnischen Literatur gilt. Genosse Proszowski lebte achtzig Jahre als Boharier in Sibirien, und zwar in den unwirtlichsten, rauhesten Gegenden dieses schrecklichen Erdteils aller Art. Dieser Mann hat die Ehre, in den letzten Tagen noch in den vordersten Reihen der sozialdemokratischen Freiheit-Kämpfe und bestes ihm flammendes Aufatzen an das polnische Volk, bis zu dem Schluss. Dieser Aufsatz erschien in einer sozialdemokratischen Zeitschrift und bildete für die Grenzgebiete den unmittelbaren Anlass, daß der Herrschende, der zu den Besten jenes Volks zählt, zu bemächtigen.

Rüben und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 23. November 1905.

Die Bürgererschaft hatte am Montag wieder eine lange Sitzung; fast vier Stunden war man beisammen, um sieben Senatsanträge anzunehmen zu können. Und dabei wurde zu den einzelnen Vorlagen selbst fast nichts bemerkt. Einzig und allein das neue Gewerbegerichtsgesetz genöß den Vorrang einer eingehenden Beratung. Dafür wurden jedoch bei den verschiedenen Senatsanträgen mancherlei Dinge besprochen, deren Erörterung im allgemeinen Interesse sehr nötig war. So wurde bei der Abänderung des Bebauungsplanes für die Vorstadt St. Jürgen mit Recht die in Lübeck herrschende Manie kritisiert, neuen Straßen möglichst schwere zu behaltende und leicht zu Irrtümern Anlaß gebende Namen zu verleihen. Dasselbe haben wir schon wiederholt moniert, und es ist kaum anzunehmen, daß der bürger-schaftliche Stoßseufzer Erfolg haben wird. Naiv war jedoch der Wunsch, der Senat möchte auch eine Straße nach dem bedeutendsten Lübecker Bürgermeister Willenwemer benennen. Man bedenke doch, Willenwemer war so etwas wie ein Demotrat, der in seinem Streben genau das Gegenteil verfolgte, wie in heutiger Zeit unser Senat. Willenwemer trat für Volksrechte ein, heutzutage werden dem Volke die Rechte genommen.

Eine längere und interessante Debatte entziffelte der Senatsantrag auf Vermehrung der Landrichterstellen. Dr. Wittern, seines Reichens Rechtsanwalt und Mitglied des Reichsschnorrerverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, benutzte die Gelegenheit, um auf mancherlei Mißstände in der Strafrechtspflege hinzuweisen. So verurteilte er es, daß die Richter während der Verhandlungen und Plaidoyers Dienstgeschäfte erledigen und dadurch in ihrer Aufmerksamkeit von der Sache abgelenkt werden. Wer viel Gelegenheit hat, den Gerichts-verhandlungen beizuwohnen, dem wird diese Tatsache gewiß schon häufig aufgefallen sein. Man hat vielfach das Gefühl, als sei das Urteil schon vor der Verhandlung fertig, und die ganzen Vernehmungen und Plaidoyers nur eine Form, der, weil das Gesetz sie nun einmal vorschreibt, so nebenbei genügt wird. Was dann die Verschiedenartigkeit der Behandlung der Angeklagten usw. durch den Staats-anwalt und den Vorsitzenden anbelangt, so ist der von Dr. Wittern erwähnte Fall so trag, daß man darauf verzichten kann, die eigene Erfahrung als Gerichts-berichtersteller heranzuziehen, um weitere Beispiele anzuführen. Es war auch im Laufe der Verhandlungen die Rede davon, daß unsere Richter das Vertrauen des Volkes besitzen; namentlich vom Senat wurde das betont. Wer wirklich die Stimmung des Volkes kennt, der wird das nicht sagen können. Es ist wiederholt vorgekommen, daß Leute — Arbeiter u. a. — auf das Rechtsmittel der Berufung gegen Schöffengerichtsurteile, von deren un-gerechtfertigten Härte sie überzeugt waren, verzichteten, weil sie annahmen, daß die Strafkammer Hopfenstedt gegen sie als Arbeiter, Streikende oder Drepleute und Sozialdemokraten in der schärfsten Weise vorgehen würde. Und der Grund zu dieser Annahme lag in den ver-schiedensten bereits ergangenen Urteilen. Das Vertrauen, daß es in Lübeck vor Gericht kein Ansehen der Person gibt, besteht in weiten Volkskreisen nicht. Die Antwort Landrichter Dr. Sommer, daß die Richter bei Erledigung der Dienstgeschäfte doch mit einem halben Ohre den Ver-handlungen folgten, war so unglücklich, daß er viel besser getan hätte, sich dieselbe zu ersparen. Interessant war auch die Schilderung der Beobachtung eines Rechts-anwalts durch drei Geheimpolizisten, die erfolgt war, ohne daß sich der Anwalt irgend eines Vergehens schuldig gemacht hatte. Dr. Götz und Dr. Briest unterstützten ihren Kollegen Dr. Wittern in dieser Sache kräftig. Die Senatsklärungen waren dagegen matt und blieben ohne Eindruck.

Bei der Beratung des Gewerbegerichtsgesetzes nahm Rosenquist die Gelegenheit wahr, um zu bekunden, daß er reaktionärer ist, als die meisten seiner Kollegen. Sogar der Senat zeigte weit mehr Verständnis für den Nutzen und die Aufgaben der Gewerbe-gerichte, als dieser freisinnige Tischlermeister. In seinem blinden Hass gegen die Sozialdemokratie, die nach seiner Ansicht die Arbeitnehmerbeiräte zum Gewerbegericht stellt, möchte er wenigstens deren Tätigkeit beschränken, nachdem es ihm nicht gelungen ist, für die Wahl der Arbeitnehmer-beiräte das Verhältniswahlrecht einzuführen. So war er dagegen, daß das Gewerbegericht zur Erstattung von Gut-achten herangezogen werde, weil darin auch die Ansichten der sozialdemokratischen Arbeitnehmer zum Ausdruck kommen würden. Vom Senat wurde und vom Vorsitzenden des Gewerbegerichts mußte Rosenquist erst belächelt werden, daß hierdurch gerade die Gutachten an Wert ge-winnen. Dann sprach Rosenquist sich dagegen aus, daß der Vorsitzende des Gewerbegerichts verpflichtet sein soll, stets erst einen Einigungsversuch zu machen. Er begründete diese seine Ansicht mit der durch nichts be-wiesenen Redensart: Beim Vergleich hat der Arbeitgeber stets den Nachteil! Auch die Johannisstraße, die bekanntlich vielen Leuten ein Dorn im Auge ist, spielte in der Debatte eine Rolle. Bon Schorer und Rosenquist wurde die unsinnige Behauptung aufgestellt, die Arbeiter gingen, bevor sie klagen, erst nach der Johannisstraße, und dort würde ihnen geraten: klagt nur, wenn ihr auch im Un-recht seid, etwas bekommt ihr doch. Mit solchen hahne-hühen Argumenten kämpft der Mittelständler Rosenquist. Natürlich selbsterleuchtete ihn Maurermeister Stender. Schließlich wurde jedoch die Senatsvorlage mit einer unwesentlichen Änderung angenommen.

Sinen trafen Mißstand im Strafvollzug, der im Zusammenleben jugendlicher Missetäter mit alten Verbrechern liegt, geißelte Dr. Wittern bei dem Senats-antrag auf Neubau einer Zentralstrafanstalt. Der von ihm angeführte haarsträubende Fall hat sich allerdings in Rechts aufgetragen; die Verurteilung des Knaben war je-doch hier erfolgt. Wir haben seinerzeit, als die Sache vor Gericht zur Sprache kam, bereits Kritik daran geübt. Der Senat erklärte, daß er jetzt vielfach von dem Recht der be-schränkten Begnadigung Gebrauch mache; wir finden der Mei-

nung, daß Kinder überhaupt nicht ins Gefängnis ge-hören. Bei den übrigen Senatsvorlagen wurde nichts von Belang ausgeführt.

Das Riesenprojekt der Hamburger Vorortsbahn beschäftigt die Bürgererschaft unserer großen Schwesterstadt bereits in verschiedenen Sitzungen. In einer derselben wurden von dem Bürgerchaftsratsmitglied Dr. Brabant un-glaubliche Grundstückspekulationen zum Nachteil des Staates aufgedeckt, die überall großes Aufsehen erregten. Wir bringen in der heutigen Nummer unter „Hamburg“ einen kleinen Auszug davon. In der am verfloffenen Montag stattgefundenen Bürgerchaftsversammlung be-nutzten unsere Genossen die Gelegenheit, energisch das Staatsinteresse zu wahren. Sie teilten mit, es würde offen ausgeprochen, die Bauten der Vorortsbahn könnten weit billiger ausgeführt werden, als die mit den Staats-technikern befreundeten Firmen be-rechnet hätten. Deshalb solle man den Bau der Vorortsbahn in staatliche Regie nehmen oder wenigstens die Ar-beiten in Submissions vergeben. Diese Ausführungen fanden nicht nur Beifall aus bürgerlichen Kreisen, sondern sie wurden auch von bürgerlichen Rednern unter-stützt. Als der Oberingenieur Vermehren auf die verschie-denen Reden antworten wollte, wurde er plötzlich von einem Unwohlsein befallen, so daß es ihm unmöglich war, zu sprechen. Auf einstimmigen Beschluß wurde die Sitzung hierauf vertagt. — Was drückt nun unser „ehrlisches“ Amts-blatt über diesen Vorfall aus den „Hamburger Nachrichten“ ab? Man lese: „Mitlen in der Beratung, als der eine Senatskommissar, Oberingenieur Vermehren, gerade auf eine Anfrage von Dr. Rode antworten wollte, sank er — nachdem er sich halb aufgerichtet hatte — von einem Un-wohlsein befallen, wieder in den Sessel zurück. Er machte zwar mit äußerster Anstrengung mehrere Versuche, sich zu erheben und zu sprechen, war aber nicht dazu imstande, und mußte aus dem Saale geleitet werden. Dieser Krankheitsfall ist offenbar durch die nieder-trächtigen Angriffe der Sozialdemokraten veranlaßt, die zwar nicht direkt auf den Oberingenieur selbst, sondern auf unsere technischen Beamten überhaupt zielten. Es ist leicht zu verstehen, daß sich der Leiter eines Ressorts über solche Verdächtigungen — gegen die er völlig wehrlos war, da die Herren von der äußersten Linken nur allgemeine Behauptungen aufstellten, jeden Punkt aber, wo man von ihnen einen Wahrheitsbeweis hätte verlangen können, mit Maßglätte vermied — so erregt, daß dies einen schweren Krankheitsfall veranlaßte.“ — Ohne irgend welchen tatsächlichen Anlaß werden hier einfach die sozial-demokratischen Bürgerchaftsmitglieder als Urheber des Unwohlseins des Oberingenieurs hingestellt. Eine saubere Manier, die allerdings in ähnlich schabigen Blättern wie „Lüb. Anz.“ und „Hamb. Nachr.“ stets wiederkehrt. Es wäre allerdings für manche Leute äußerst bequem, wenn man den Grundsal aufstellen würde: Mißstände dürfen nicht aufgedeckt werden, weil darunter die Gesundheit der-jenigen gefährdet werden könnte, welche die Schuld an den Mißständen tragen. Wer an verantwortlicher Stelle steht, muß Kritik vertragen und auf gegen ihn gerichtete An-griffe antworten können. Im übrigen ist, wie bereits ge-sagt, durch nichts bewiesen, daß das Unwohlsein Ver-mehrens mit der vorhergehenden Debatte im Zusammen-hang steht. Wie lautet noch die amtshaltliche Devise: Verleumde kühn, es bleibt doch etwas hängen!

Verkauf von Kränzchen am sog. Totensonntag. Auf Grund des § 105 b Absatz 2 der Reichsgewerbeordnung wird am Sonntag, den 29. d. M., für den Verkauf von Blumen und Kränzen die Zeit von 7 bis 9 Uhr vor-mittags und von 11 Uhr vormittags bis 5 Uhr nach-mittags freigegeben.

Schiffahrtssperre. Wegen vorzunehmender Bagge-rungsarbeiten werden der tote Travemark unterhalb der Leerhofsinsel und die Schwartzau vom 23. d. M. ab bis zur Beendigung dieser Arbeiten für die Schiffahrt gesperrt.

Um einem Einfrieren der Wasserleitungen vorzu-beugen, pflegen viele Hausbesitzer und Mieter — den ge-läufigsten Vorschriften zuwider — durch Öffnen der Zapfhähne und sonstigen Verschlußeinrichtungen das Lei-tungswasser ablaufen zu lassen. Dadurch kann die Sicher-heit einer ungestörten Wasserversorgung ernstlich gefährdet werden. An die Bewohner der Stadt und der Vorstädte ergeht daher die dringende Aufforderung, im öffentlichen wie im eigenen Interesse die oben erwähnten Maßnahmen zu unterlassen. In den Häusern, in welche eine begrün-dete Besorgnis wegen Einfrierens der Leitung besteht, empfiehlt es sich, den Hauptkahn derselben für die Dauer der Nacht abzuschließen und die Leitung in allen ihren Teilen zu entleeren.

Schneiderinnen-Bewegung. Bereits am 8. Novem-ber hat in „Hafens Gesellschaftshaus“ eine sehr gut be-suchte Versammlung der Schneiderinnen stattgefunden in welcher Frau Dr. Schlomer eingehende Ausfüh-rungen über die Berufsverhältnisse der Schneiderinnen machte, die noch vom Kollegen Bloog in ausführlicher Weise ergänzt wurden. Auch von den anwesenden Schneiderinnen wurden Ausführungen gemacht, in denen über die Nichtannehmung und Umgehung der gesetzlichen Vorschriften, welche zum Schutz der Arbeiterinnen erlassen sind, Klage geführt wurde. Es wurde in dieser Versamm-lung beschlossen, am 20. d. Mts. wieder eine Versammlung abzuhalten. In dieser Versammlung referierte Frau Dr. Schlomer über weibliche Berufstätigkeit ein und jetz. Rednerin führte aus, daß in früheren Zeiten die Herstel-lung der Kleidungsstücke von der Frau oder Tochter be-sorgt wurde; es wurden aber nicht nur die Kleidungs-stücke in der Familie hergestellt, sondern auch die Pro-dukte, welche zur Herstellung von Kleidungsstücken not-wendig sind. Auch andere Artikel wurden von der Familie hergestellt, wie Lichte, Seife usw. Rednerin schilderte dann die Entstehung des Handwerks und die Entwicklung zur jetzigen kapitalistischen Produktionsform. Diese Ent-wicklung habe die Frau und die Tochter aus dem Hause getrieben, der Familie entrissen und mache sie zum Lohnsklaven des Unternehmertums. Rednerin weist noch auf die Ausbeutung der Frauenarbeit auf allen Gebieten hin, sowie auf die allgemein schlechte Bezahlung derselben. Es seien aber auch die Arbeiterinnen berechtigt, einen Lohn zu verdienen, der es ihnen gestattet, an den geistigen Genüssen des Lebens teilzunehmen und sich an-ständig ernähren zu können. Sei man gewillt, dieses an-zustreben, wolle man für bessere Verhältnisse eintreten, so ist es notwendig, sich der gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen. Nur dann sei es möglich, dem Kapital mit Erfolg zu widerstehen. Es meldeten sich in beiden Ver-sammlungen eine Anzahl der Anwesenden zur Aufnahme in den Verband. Beim zweiten Punkt wurde beschlossen, in Rücksicht auf die tatsächliche Zahl der weiblichen Mitglieder eine Vereinsabteilung (Sektion) des Verbandes der Schneiderinnen zu bilden. Alsdann wurden ne-u von den anwesenden Zustände aus der Schneiderei ge-schildert, welche davon Zeugnis ablegen, daß noch viel Arbeit für die Organisation zu verrichten ist. Beide Ver-

sammlungen waren von gutem Geist besetzt; möge dieser Geist sich weiterverbreiten zum Segen des neuen Organi-sationszweiges.

Die Liste der Hauptschöffen wird soeben amtlich ver-öffentlicht. Daß sich darunter keine Arbeiter befinden, ist eine Tatsache, die so selbstverständlich in unserer Bourgeois-republik erscheint, daß man sie eigentlich gar nicht zu er-wähnen brauche. Es wäre auch noch schöner, wenn die Arbeiter sich erfreuen wollten, an der Rechtsprechung als beifällige Schöffen oder gar als Geschworene teilzu-nehmen!

Stadthallen-Theater. Freitag gelangt zum 7. Male die prächtige phantastische Oper „Hoffmanns Erz-ählungen“ zur Aufführung. Sonnabend geht als 3. klassischer Vorstellung Shatopouros „Ein Sommer-nachts Traum“ in Szene. Schüler Eintrittskarten à 50 Pfennig sind für diese Vorstellung bereits zu haben. — Sonntagnachmittag wird das Lustspiel „Im weißen Rößel“ wiederholt. Abends wird eine große Opern-Doppel-Vorstellung zu einfachen Preisen gegeben, bei welcher zuerst „Cavalleria rusticana“ von Mascagni, hierauf „Die Regimentstochter“ von Doni-zetti zur Aufführung gelangt.

pb. Erwischter Brotentelstieb. Am 22. d. Mts. morgens gegen 6 1/2 Uhr wurde von dem auf Posten an der Holstenbrücke befindlichen Schuttmann ein obdachloser fremder Arbeiter aus Odersieba angehalten, der ein Paket unter dem Arm trug. Es stellte sich alsbald heraus, daß man es mit einem Brotentelstieb zu tun habe. Er hatte zwei Brotentel mit Semmel und 4 General-Anzeiger bei sich. Brotentel und Zeitungen hatte er von verschiedenen Häusern weggenommen. Er wurde festgenommen.

pb. Frecher Diebstahl. In verfloßener Nacht wurden aus einem Stalle des Gutes Bornort bei Skastorf 16 weiße Enten gestohlen und an Ort und Stelle abgeschlachtet. Es wird vermutet, daß die Täter sich damit nach hier ge-wendet haben.

pb. Einbruch. In der Nacht vom 22. zum 23. d. M. wurde auf dem Neubau Bercevalstraße 39 eine Baubude erbrochen und aus derselben eine schmiedeeiserne neu ver-stahlte Zimmermanns-Art, gezeichnet „S. E.“, und ein Sägenband gestohlen.

pb. Stöhlener Paletot. Am Bußtag-Nachmittag zwischen 5 und 6 Uhr wurde einem Handlungsgeschäften in der öffentlichen Besehalle der Winter-Lieberzieher gestohlen. Der Lieberzieher ist aus dunkelgrauem Stoff gefertigt. Im Aufhängel befindet sich der Name der Firma Stüwe, Ellinghaus u. Hoffhus.

Zuzug ist fernzuhalten: von Fensterputzern nach Hamburg; von Stockbrechklern nach Hamburg; von Holzarbeitern nach Langenfelde (Zimmer-meister S. Schröder); von Holzarbeitern und Me-tallarbeitern nach den Werkstätten Falkenberg der Straßenbahngesellschaft in Hamburg; von Zimme-rern nach Bügow.

Reisfeld. Eine öffentliche Versammlung, die von etwa 100 Personen, darunter zahlreiche Frauen, besucht war, fand am Sonntag in Lehmsand bei Reisfeld statt. Referent war Genosse Weinheber-Hamburg, der zunächst die Lokalverhältnisse in der hiesigen Gegend beleuchtete und es scharf kritisierte, daß immer versucht würde, die Versammlungen in letzter Stunde zu vereiteln. Redner geht dann auf die sozialdemokratischen Forderungen ein; die Arbeiter sind so durch Steuern und Zölle belastet, daß es heutzutage für die Frau schwer ist, für die Familie ein ordentliches Mittagsmahl herzustellen. Vieles ist eine Unterernährung eingetreten, die schwere Schäden für die Volksgesundheit im Gefolge hat. Genosse Weinheber zog weiter die neue Tabak- und Biersteuer in den Kreis seiner Erörterungen und verurteilte scharf das Verhalten der Regierung. Mit der Aufforderung an die Wähler, am Wahltag dem Kandidaten der Sozialdemokratie ihre Stimme zu geben, schloß der Referent unter lebhaftem Bei-fall der Versammelten seine Ausführungen. Da Gegner sich nicht zum Wort melden, so richtete Gen. Weinheber noch einen kurzen kräftigen Appell an die Anwesenden. Be-merkt sei noch, daß man von gegnerischer Seite einige Stunden vor der Versammlung die Nachricht verbreitete, die Versammlung finde nicht statt. Der Zweck dieses fal-schen Gerüchts liegt klar auf der Hand: man wollte die Leute vom Besuch der Versammlung abhalten. — Auch in Lang-Liendorf fand Sonntag eine gutbesuchte Volksversammlung mit Genossen Weinheber als Referen-ten statt. — Gute Fortschritte macht der Sozial-demokratische Verein für Reisfeld und Umgegend. Am Montag wurden wiederum 17 Genossen aufgenommen; weitere 11 werden demnächst folgen. — In Staven-tamp wurde am Dienstag ein Bauernhaus durch Feuer zerstört.

Hamburg. Haben im Kohlfelde. Wie die Grundstückspekulationen gleich den Hasen im Kohlfelde einen fetten Fraß taten beim Handel mit den zum Straßendurchbruchgebiet gehörigen Grundstücken, wurde kürzlich in der Hamburger Bürgerchaft von Dr. Brabant ge-schildert. Man prüfe folgende Zahlen, die wir dem „Hbg. Echo“ entnehmen:

Grundstück:	Verkaufspreis:
Rathausstr. 18:	1865: 49 500 M.
	1904: 150 000
	1905: 231 150
Rathausstr. 20:	1893: 192 250 M.
	1905: 360 000
Rathausmarkt 25:	1886: 153 610 M.
	1890: 256 376
	1900: 300 000
Knochenhauerstr. 5: 3. Jan.	1905: 120 000 M.
	4. Okt. 1905: 185 000
Germannstr. 47:	1904: 320 000 M.
	1905: 333 000

Unser Bruderblatt bemerkt dazu: „Das steht fest, ohne stete Verbindung der Spekulanten und Rebbachjäger mit gewissen „gut unterrichteten“ Persönlichkeiten wäre eine so intime Kenntnis der Projekte, Pläne und Beschlässe des Senats, der Finanzdeputation, der Baudeputation usw. gar nicht möglich. Zwanzig Prozent aller in Frage kom-menden Grundstücke sind in ähnlicher Weise durch die Spe-kulation im Preise emporgetrieben worden. Unter den Käufern befindet sich u. a. ein be-kanntes Mitglied der Bürgerchaft und der Finanzdeputation, eine Kontor-Terrain-Gesellschaft m. b. H., ferner Leute, die in sehr nahen, zum Teil verwandtschaftlichen Beziehungen zu Mitgliedern der Bürger-chaft und der Behörden stehen. Leider dürfen die Namen öffentlich nicht genannt werden, weil das Ver-zeichniß der „Hasen“ nur unter dieser Bedingung ausge-händigt worden ist. Und nun erst gar die Vermittler, In-formatoren! Es wäre interessant zu erfahren, wer die „Hasen“ über die Lage des Kohlfeldes orientiert hat, woher die Herde der Makler, Architekten, Bau- und Grund- und Bodenspekulanten, ihre intimen Kenntnisse von den geheimen Senatsitzungen, den Plänen der Staats-techniker usw. dat. Die ungezügelte Plötzlichkeit der kapitalistischen Welt führt naturnotwendig zur Korruption.“

Aus Nah und Fern.

— Ob es wohl auch in der Lübecker Bürgerschaft solche Gassen im Köhlfelde gibt?

Uttona. Die Rechtspflege und der Schlipf. Wie wollte es in Preußen wohl mit der Rechtspflege ausfallen, wenn nicht auch eine Schlipfordnung für Rechtsanwälte erlassen wäre und für Durchführung derselben gesorgt würde. Es ist gar nicht auszudenken, was für Unheil entstehen würde, wenn die Rechtsanwälte bald mit einem blauen, bald mit einem schwarzen und bald mit einem grünen oder gar roten oder zweifarbigen Schlipf erscheinen würden.

Wo blieb des Staates Ordnung, wo die Sitte, wenn Göttin Themis grüne Schlipfe trüge? Wie könnte ernst Spruch auf Spruch sie fügen, wenn gar des Rechts Anwälte rote trügen? Es muß, soll sicher sie ihr Ziel erreichen, Des Schlipfes Weisheit ihrer Weisheit gleichen! Da vom Minister selbst die sehr verständige Schlipfordnung für Rechtsanwälte erlassen wurde, so kann man unserem Landgerichtsdirektor Lemm nur danken, wenn er für strikte Durchführung der Ordnung sorgt. Neulich erlebte er aber bei diesem Bestreben einen bedauerlichen Reimfall. Vor Verkündung eines Urteils in einer Sache, in der Rechtsanwalt Dr. Herz als Verteidiger war, machte er diesen noch besonders auf die Schlipfordnung aufmerksam, doch konnte ihm Dr. Herz ad oculos demonstrieren, daß er — den vorgeschriebenen weißen Schlipf trug und der Gerechtigkeit Genüge geleistet hatte.

Briefkasten.

A. Schlüter. Bringt die Wählerlisten umgehend zurück.

Ein fingierter Ueberfall auf einen Militärposten. Auf den Posten vor der Mlanenlaserne in Ganau sollte, wie vor einiger Zeit gemeldet wurde, ein Ueberfall verübt worden sein. Nunmehr hat der Mann ein Geständnis dahin abgelegt, daß er sich dem Messerfisch auf die Brust, den er von einem Unbekannten erhalten haben wollte, selbst beigebracht habe. Durch sein angeblich mutiges Vorgehen bei dem Ueberfalle hatte er keine Verletzung zum Besonderen zu erlangen geglaubt. Der „Tapfere“ wird sich wegen dieses fadigen Streiches demüthigt vor dem Kriegsgericht zu verantworten haben.

In Gas und Asche verwandelt. In New York wird gemeldet: Zwei Arbeiter, die in einer Kupfergrube der Midvale-Stahlwerke arbeiteten, verließen, als der Guf erfolgte, nicht schnell genug die Grube und wurden von der flüssigen Stahlmasse im Gewicht von 800 Pfund überrollt. Ihre Körper müssen im Augenblick in Gas und Asche verwandelt worden sein. Auch nicht einmal ein Kopf von ihren Angehörigen wurde gefunden. Die Midvale-Gesellschaft hat darauf den unteren Teil des Gufstüdes im Gewicht von 80 Zentner, in dem man die Ueberreste der beiden Verunglückten enthalten glaubt, abschneiden lassen, und der Stahlblock wird jetzt mit allen Bereimungen bearbeitet werden.

Zehn Mönche getötet. Bei dem letzten Erb- beben am Berge Athos wurden durch abstürzende Felsen

mehr als zehn Mönche in ihren Zellen getödtet. Der Schaden an Kunstwerken ist bedeutend.

Lübecker Marktwette vom 21. November.
 Bauern-Butter Wfd. 1,25 Mt., Metzerei-Butter Wfd. 1,40 Mt.,
 Gansen Stk. 3,50 Mt., Enten Stk. 3,50 Mt., Gänse Stk. 1,60 Mt.,
 Stuten Stk. 1,20 Mt., Lauben Stk. 0,50 Mt.,
 Gänse Wfd. — 80 Pf., Flügels 3,50 Mt., Schweinskopf
 Wfd. 0,45 Mt., Schinken Wfd. 1,10 Mt., Brust Wfd. 1,20 Mt.,
 Eier 6 Stück 60 Pf., Karpfen Wfd. 1,00 Pf., Ger. Lachs
 Wfd. 1—2,40 Mt., Karaulchen Wfd. 80 Pf., Seez. Wfd. 80 Pf.,
 Walfar. Wfd. 80 Pf., Hai Wfd. 0,90 Mt., Apfel,
 beste Gravensteiner 100 Pf. — Mt., Nonnen 100 Pf.
 35—40 Pf., andere Sorten 100 Pf. 15—30 Mt., Pfaffen
 100 Pf. — Mt., Blumentohl, d. Kopf 30 Pf., Gans,
 Kircheng., Wfd. — Pf., Kohl 100 Pf. 4— Mt., Gurken
 Wfd. — Mt., Zwiebeln 100 Pf. 4— Mt., Kartoffeln, beste
 franz., 200 Pf. 6— Mt., per 10 Liter 50 Pf., magnum
 bonum 200 Pf. 4— Mt., Kartoffeln 10 Liter 40 Pf.

Kantliche Notierungen der Produktendese.
 Inländisches Getreide. Lübeck, 21. November.
 Weizen, 125—132 Pf. hoch, Mt. 167—173, Roggen,
 122—125 Pf. Mt. 160—162, Gerste, je nach Qualität,
 Mt. 150—160, Gerste, je nach Qualität Mt. 150—160.

Der Schweinehandel verlief gut.
 In Lübeck wurden 3300 Stück, davon vom Norden
 1000, vom Süden — Stück. Preis: Saule weine — Mt.,
 Weizenfleisch, schwere 74—75 Mt., leichte 74 1/2—75 Mt.,
 Gansen 68—73 Mt. und Wette 70—74 Mt. per 100 Pfund.

Dienstag nachmittag 3 1/4 Uhr entschlief sanft nach längeren schweren Leiden mein lieber Sohn
Hans Jörgenssen
 im 26. Lebensjahre. Diebetrübt von seiner Mutter und allen Angehörigen.
 Lübeck, den 21. November 1905

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zu unserer Silbernen und Goldenen Hochzeit sagen herzlichsten Dank.

A. Meyenburg und Frau.
J. Kener u. Frau, geb. Meyenburg.

Für die Verkaufsstelle in Marienhal sucht der unterzeichnete Verein
einen Lagerhalter.
 Kautionsfähige Heilekranten wollen ihre Bewerbungen bis zum 28. d. M. einreichen.
Kommuneverein für Stodfeldorf und Umgegend.
 E. G. m. b. H.
 Der Vorstand

Eine junge Frau sucht Beschäftigung in den Abendstunden (Kontor oder Laden reinigen)
 Margaretenstraße 12, 1.

Junge Frau sucht Beschäftigung für die Abendstunden.
 Salenismann 168. st.

Wegen Erkrankung meines jüngsten Mädchens sucht ein tüchtiges Mädchen, welches melken kann, bei sehr hohem Lohn.
 H. Scheel, Viehhändler, W. r. i.

Entgehendes Grunwarengeschäft ist unter günstigen Bedingungen zu verkaufen.
 Näheres Gef. 1.

Ein ganz haltbarer Winter-Heberzieher für einen Jahr starken Herrn ist billig zu verkaufen. Zu beziehen vom
 Dörfersgrube 49, 11.

Ein hecker Kinderwagen mit Grammatiken billig zu verkaufen.
 Königstraße 68, 11.

Eine Salolampe (Altertum) zu verkaufen.
 Schützenstraße 49, 11.

Zwei wenig getragene Herren-Raincoats für mittlere Figuren billig zu verkaufen.
 Dornstraße 8.

Rohr- und Fräher-Salon. Aufmerksamkeit und laubere Bedienung.
 G. Koch, Fräher, Mühlentstraße 5.

Unter Garantie jeder Haltbarkeit werden neu emaillierte Böden unter allen Umständen repariert.
 W. r. i.

Reizende Sachen in künstl. Blumen liefert zu billigem Preise
Emma Prilop, Schlammweg 11.

Carl Grimm's
Weine u. Spirituosen
 sind anerkannt vorzüglich.
Carl Grimm
 Wein- und Spirituosen-Handlung,
 „Kleinverkauf“
 Rosenstraße 10.

Musik
 Instrumente kauft man am besten und billigsten nur beim Fachmann
Herm. Haller, Instrumentenmacher
 Evers Musikhaus
 Markt 3 und Schützenstr. 12.
 Reparaturen rasch und billig.

Empfehlungs-Karten
 liefert prompt und meist:
Die Druckerei des Lhb. Volksvereins
 Schützenstraße 50

Die grünen Marken gehen nicht ein.

Die grünen Marken gehen nicht ein.

Waren - Rabatt - Gesellschaft, G. m. b. H.,
 Lübeck, Schüsselbuden 10.

Die grünen Marken gehen nicht ein.

Wir machen besonders darauf aufmerksam, dass sich zwischen je 10
 Grünsamen eine grössere Anzahl gesammelter Marken befinden muss.

Kostenlose
Weihnachts-
Geschenke
 für Sammelbücher
 gefällt mit

grünen Rabattmarken.
 Nächster Gratismarken-Tag am 25. Novbr. d. Js.

Die grünen Marken gehen nicht ein.

PFEIFFER & DILLERS
 Kaffee-Essenz in Dosen.
 Der feinste Kaffeersatz! Auch in Paketen und in für
 Küche u. Haushalt praktischen Packungen erhältlich!

KAFFEE-ESSENZ

Das Beste
 für die Wäsche ist
Dr. Thompson's Seifenpulver
 Marke Schwan.
 Zu haben in allen besseren Geschäften.

Zum Totensonntag
Kunst- und Waldkränze
 von 50 Pf. an bis zu den feinsten.
72 Ludwigstr. 72
 Ecke Broilingstraße.
Georg Behnek
 — Sorg-Magazin —
 Leichenwäsche.
Warendorpstr. 4.

Photograph. Atelier „Lübeck“
 79 Hundestraße 79
 empfiehlt
Photographien u. Vergrößerungen
 in bester Ausführung.
 Seit 25 J. 4 Mt. an. Kabinett 25 Pf. an.
 Vergrößerungen von 6 Mt. an.

Prima Rohwurst.
Heinr. Muhly
 Holtenstraße 14.
 Ia. Branschweiger Wurst 50 Pf. 60 Pf.
 Ia. Branschweiger 50 Pf. 60 Pf.
 Karpfenstraße 26.
 NB. Jeder Sonnabend: Ia. Kuh-Euter.

Die Arbeiter-Garderoben
 aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck Markt 4 Otto Albers 10.
 sind vortheilhaft bekannt durch gute Ver-
 arbeitung und sehr billige Preise. U. A.:

Wollhosen	2,40—3,45
Wollhemden	2,40—3,75
Schlofferhosen	1,85—3,25
Wolljacken	3,50—5,50
Wollpullover	1,25—3,25

feinere Jacken, fertige und gerade, 1,25
 Hosen, Hemden, Schlachterjacken, Freizeithosen,
 Wollmäntel erstaunlich billig.
 Mägen von 30 Pf. bis 1,25 Mt.

Früher M. 120.—, jetzt M. 90.—
Florett-Fahrräder
 allen voran! Pa. Material,
 2 Jahre Garantie! Frei-
 laufnabe Torpedo M. 15 mehr Mäntel v. M. 5.50
 an, Schlauche M. 2.80, Achseln-Laternen M. 2.
 H. A. Hill, Fahrrad-Verhandl., Johannisstr. 9.
 Neb. all. Sp. bil. Amboß-Fahrräder M. 75, 1,3 G.

Schröder's
 Lübecker
 Rahm-Margarine
Hansa-Spezial
 Pfd. 80 Pfg.

Se
frischer!

Se
besser!

Achtung!
Verband der Fabrik-, Land-, Hilfs-
arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands!
 (Zahnhalle Lübeck.)

Die Mitglieder, deren Kinder gewillt sind, bei
 der Weihnachtsfeier zu singen, werden ersucht, die-
 selben von Donnerstag den 23. bis Dienstag den
 28. November, abends von 8—9 Uhr, und Sonntags-
 tagmorgen von 9—10 Uhr, im „Sereinshaus“,
 Johannisstraße 50—52, anzumelden.
Das Komitee.

Panorama
 Breitestraße 53, 1. Stg.
Strassburg
 vor und nach der Beschließung
 1870/71.

Stadthallen theater.
 Freitag, 24. Novbr. 7 1/2 Uhr.
 50. Vorstellung. 40. Abonnem. Vorstellung
Sensationeller Erfolg!
 Zum 7 Male:
Hoffmanns Erzählungen
 Große phant. Oper in 5 Akten v. Offenbach.
 Sonnabend den 25. November.
 III. Schüler-Klassiker-Vorstellung.
Ein Sommernachtstraum.
 Komödie in 5 Akten von Shakespeare.
 Schülerbillets 50 Pf.

Zeitungsführer: **Paul Söwisch**. Druck: **Paul Söwisch**. Vertrieb: **Paul Söwisch**.
 Verantwortlicher Redakteur: **Paul Söwisch**. Druck: **Paul Söwisch**. Vertrieb: **Paul Söwisch**.
 Verantwortlicher Redakteur: **Paul Söwisch**. Druck: **Paul Söwisch**. Vertrieb: **Paul Söwisch**.

Capitol und Parliamente.

Aus dem in- und ausländischen Gewerkschaftsleben. Wie der „Oberdeutsche Wanderer“ meldet, ist auf der Firma Vorzig gehörigen Ludwigsgrube die gesamte Belegschaft in Stärke von 700 Mann in den Ausstand getreten. Es wird gefordert: 8 1/2 stündige Arbeitszeit, eine Schichtzulage von 20 Proz., eine Teuerungszulage und bessere Behandlung durch die Vorgesetzten. — Die Berliner städtischen Straßenreiniger erhielten eine kleine Lohnaufbesserung. — Der Zentralverband der Konditoren hat seinen Berliner Vertreter einen Vorschlag zur Anerkennung unterbreitet. — Weil sie bessere Essen verlangten, hat die bekannte Fischer-Gesellschaft in Berlin ihre sämtlichen Konditorgefäße gemahregelt. — Eine von mehr als 1000 Eisenbahnern Habens besetzte Besprechung beschloß, an die anwesenden Landtagsabgeordneten die Bitte zu richten, mit allen Mitteln zur Verbesserung der Lage der Eisenbahner beizutragen. — Weil die Firma C. G. Hermann u. Co. in Bielefeld Lohnreduktionen vornahm, legten sämtliche Schmiebe- und Hülfearbeiter die Arbeit nieder. — Die Wiener Arbeiterkammer beschloß, sich am Tage der Passantenöffnung an der allgemeinen Arbeitssperre zu beteiligen. — Die englische Gewerkschaft der Zimmerer schlägt vor, die Trades Union Kongresse, die schon seit vielen Jahren alle nützliche Bedeutung verloren haben, aufzugeben und die gemeinsamen Interessen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter einträglich durch das Labour Representation Committee (Komitee für Arbeitervertretung) wahrnehmen zu lassen.

Terroristen. Im öffentlichen Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nimmt sich die Polizei heraus, streikpostenstehenden Arbeitern die Ausübung ihres Koalitionsrechts unerbittlich zu machen und sie an der Ausübung ihrer vielleicht aus Unkenntnis der Verhältnisse zu Streikbrechern werdenden Kollegen zu verhindern. Die Terroristen-Akten der Scharfmacherpresse dienen der Polizei dazu, den Wünschen des interessierten Unternehmertums entgegenzukommen und bei jedem Streik und bei jeder Ausperrung die Sicherheit für gefährdet anzusehen. Wie es mit diesen angeblichen Terroristenschicksalen in Wahrheit steht, haben wir unglücklich nachgewiesen. Daß Streikposten sich einmal zu Handlungen hinreißen lassen, die nicht nur aus den Gesichtspunkten des Standpunktmerkes gegen die Arbeiter, sondern auch vom Standpunkt fortgeschrittener Moral und Sitte verurteilenswert sind, kommt so selten vor, daß die Summe dieser Vergehen, gegen die Zahl der Streikfälle gehalten, völlig verschwindet. Nicht mitgeteilt wird in der Scharfmacherpresse die weit größere Zahl der Fälle, in denen Streikposten durch Vorpiegelung falscher Tatsachen zum Streikbruch wider Willen verleitete Kollegen vor schwerem Schaden bewahrten und mit dafür Sorge trugen, daß deren Rechte betrügerischen Unternehmern gegenüber energig gewahrt wurden. Und doch sind es gerade diese Fälle, die den Haß des Scharfmachertums gegen das Streikpostenwesen wachriefen, nicht die Fälle angeblichen Terrorismus. — In Meissen hat sich jüngst sogar der Fall zuggetragen, daß Streikposten an einem Arbeitswilligen Samariterdienste verrichten mußten. In der Schuhfabrik von Breuß u. Möbius dortselbst ist ein Streik ausgebrochen, in dem die Arbeitswilligen nicht gerade eine Rolle spielten, die gegnerisch ist, ihnen die Sympathie ihrer streikenden Kollegen zu sichern. Hat doch ein Arbeitswilliger einen solchen ohne Anlaß mit dem Meister gekocht. Am Dienstag voriger Woche wurde ein Arbeitswilliger während der Arbeit pöblich krank. Er war nicht imstande, allein in seine Wohnung zu gehen. Man übergab ihn zwei jugendlichen Arbeitern, die natürlich nicht imstande waren, den großen kranken Mann nach Hause zu transportieren. Dann nahmen sich aber zwei Streikende des armen Menschen an und brachten ihn nach Hause. Eine Anerkennung für diese

eble Tat werden sie vergeblich in der bürgerlichen Presse suchen; sie rechnen auch nicht damit. Dafür werden sie aber vielleicht in aller nächster Zeit in irgend einem Blatte, das das wahre Christentum in Erbpacht genommen hat, einen häßlichen Anwurf auf ihre Bewegung finden. Auch das werden sie in Ruhe zu tragen wissen!

Zur Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet. Der „Rölnischen Zeitung“ wird aus Essen telegraphiert, der bergbauliche Verein habe in seiner letzten Sitzung beschlossen, seinen Mitgliedern die allgemeine Aufhebung der Arbeiterbesperre zu „empfehlen“.

Zur Lage der Zigaretten-Arbeiter und Arbeiterinnen in Dresden wird geschrieben: „Die durch die Ausperrung verursachte Lage ist in Dresden für die in der Zigarettenfabrik beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen eine geradezu traurige zu nennen. Da werden nicht nur Maßregelungen noch fortwährend vorgenommen, sondern durch die momentan unglückliche Konjunktur werden von den Chefs und Beamten Drangsalierungen aller Art in Szene gesetzt. So müssen z. B. in der Zigarettenfabrik J. S. jetzt alle Arbeiterinnen arbeitslos ohne Mundstück wie bisher, nur noch mit Mundstück arbeiten; wer beim besten Willen in diese Arbeit sich nicht einrichten kann, wird abgelehnt, und zwar mit Nebenarbeiten, die mit Unstand und Mühsal recht wenig gemein haben. Dabei wird der Tabak recht knapp zugemessen, wer damit nicht auskommt (und das passiert sehr oft), wird abgelehnt. Alles dies sind Einrückungen, die man früher nicht konnte und ohne die man bisher auch auskam. Arbeiter-Ausschüsse, die vor der Ausperrung in jeder Fabrik vorhanden waren, findet man jetzt nur noch ganz vereinzelt. Ein Beweis, daß man den Einrichtungen, die vom Tabakarbeiterverband geschaffen wurden, jetzt mit Hochdruck entgegengetritten. Ebenso sind Fabrikbesprechungen, um diese Arbeitsstände zu beseitigen, gar nicht mehr möglich, da von den Fabrikanten zu diesen Besprechungen so viel Spieß geschildet werden, daß sich die Arbeiter und Arbeiterinnen gar nicht mehr trauen, sich über diese Mißstände auszusprechen. Mit einem Worte: die Situation ist so tieftraurig, wie sie noch nie zuvor war. In etwas kann die seit etwa 14 Tagen produzierende Zigaretten-Produktionsgenossenschaft Dresden die Abhilfe schaffen, da sie so viel wie möglich die Entlassenen und Gemahregelten in ihrem Betriebe aufnimmt. Soll die Zigaretten-Produktionsgenossenschaft in allen Stücken ihre Pflicht erfüllen, so ist es notwendig, daß die Zigaretten rauchenden Parteigenossen und Arbeiter sich der Produkte der Zigaretten-Produktionsgenossenschaft Dresden erinnern, da Qualität und Preis den Fabrikanten anderer Zigaretten-Firmen in nichts nachsteht, sondern diese noch bei weitem übertrifft. Möchte daher die Arbeiterschaft einen Verkehr mit den Fabrikanten der Zigaretten-Produktionsgenossenschaft Dresden machen und dieser ihre Kundenschaft zuwenden, damit sie imstande ist, dem Hochmut und der Willkür der Dresdener Unternehmer wirksam zu begegnen und die auf die Straße geworfenen Arbeiter zu beschäftigen.“

Sozialdemokraten als — Arbeitgeber. Unter dieser Etichmarke durchläuft die bürgerliche Presse — liberale, konservative, ultramontane, parteilose usw. — folgender Bericht über eine Beurteilung des früheren Geschäftsführers des Konsumvereins zu Landeshut: „Der frühere Geschäftsführer des sozialdemokratischen Konsumvereins zu Landeshut, August Heintzel, hatte sich zugleich mit drei Angestellten der Dornmühle in Döper-Beppersdorf vor dem Gericht zu verantworten, und zwar war er der gewerbemäßigen Fehlerlei und schweren Mißhandlung angeklagt. Die drei Angestellten der Dornmühle hatten nach und nach sechs Sach Mehl gestohlen und an Heintzel für je fünfzehn Mark, um vier Mark unter dem Marktpreis geliefert. Heintzel hatte dem Konsumverein das Mehl mit

10 Mark in Rechnung gestellt, gefälschte Quittungen darüber vorgelegt und die Differenz von vier Mark pro Sach für sich behalten. Die Angeklagten waren im großen ganzen geständig. Heintzel erklärte, nur aus Not das Verbrechen begangen zu haben. Da der Lohn für seine und seiner Frau Tätigkeit im Konsumverein sehr gering gewesen sei, — er betrug anfänglich bei 14 bis 15 stündigem Dienst nur rund 14 Pfennig für die Arbeitsstunde, — so habe er mit seiner aus sechs Köpfen bestehenden Familie nur sehr schlecht durchkommen können und sei deshalb der Versuchung unterlegen. Er habe, wie er nach dem „Vorte aus dem Niesengebirge“ erklärt, mit seiner Arbeit im Genossenschaftswesen schätzbare Erfahrungen gemacht und das bittere Los eines Arbeitnehmers der Arbeiter kennen gelernt. Er bitte, nicht auf eine betrübende Strafe zu erkennen, damit es ihm möglich sei, später wieder eine Stellung in einem bürgerlichen Betriebe zu erlangen. Der Gerichtshof erkannte gegen die drei Diebe auf je vier Monate Gefängnis und ein Jahr Ehrverlust und gegen H. wegen einfacher Fehlerlei und schwerer Mißhandlung auf insgesamt ein Jahr Gefängnis, drei Jahre Ehrverlust und sofortige Verhaftung. — An diesen Gerichtsbericht werden in der bürgerlichen Presse allerlei Nebenbühliche Betrachtungen über die angeblich jämmerlichen Gehaltsverhältnisse der Angestellten von Konsumvereinen geknüpft, die teilweise aus sozialdemokratischen Mitgliedern bestehen. Es wird ferner behauptet, Heintzel sei „Führer der Sozialdemokratie“ gewesen. Was ist an allen diesen Behauptungen zutreffend? Wichtig ist, daß Heintzel die im vorliegenden Bericht mitgeteilten Straftaten begangen hat und im Mai sofort nach der Entdeckung der gewöhnlichen Schwindeltaten entlassen ist. Wichtig ist auch, daß Heintzel die im Bericht wiedergegebenen unwahren Behauptungen aufgestellt hat. Diese hat er offenbar aufgestellt, um eine mildere Strafe für seine infame Handlung zu erwirken. Das Gericht ist auf dies Anführen nicht eingegangen und konnte darauf nicht eingehen, weil die Behauptungen Heintzels, der niemals eine Führerrolle in der Sozialdemokratie gehabt hat, erlogen sind. Heintzel war im Konsumverein anfänglich gegen einen Wochenlohn von 25 Mark und freier Wohnung angestellt. Damals betrug der Wochenlohn etwa 800 Mk., das Gehalt belief sich also auf etwa 4 Prozent des Umsatzes. Der Lohn war von 7 Uhr früh bis 9 Uhr abends geöffnet. Die Angestellten hatten zweistündige Mittagspause. Dem Heintzel half eine Zeitlang seine Frau: er hatte etwa sechs bis acht Stunden täglich zu tun. Die Frau ist schon sehr länger als Jahresfrist nicht mehr im Geschäft tätig. Seit dem 1. Dezember 1904 wurde dem Heintzel der Wochenlohn auf 30 Mark erhöht. Die von der bürgerlichen Presse nachgebetenen Behauptungen des Heintzel sind also ganz gemeine, plumpe Schwindeltaten. Das gezahlte Gehalt Heintzels war mit Rücksicht auf die latter sehr niedrigen Durchschnittswagenlöhne in Landeshut (circa 12 Mark) kein unangemessenes. Gefällt es der bürgerlichen Presse, die tatsächliche Arbeitszeit Heintzels auf das Doppelte zu steigern, seinen Lohn um das Vielfache des ihm Gezahlten zu senken und ihren Schwurzeugen zu einem Führer der Sozialdemokratie zu ernennen, um der Sozialdemokratie eins auszumischen, so beweist sie, daß der allzu optimistisch war, wer ihr noch einen Rest von Scham zutraute.

Uebel und die „Tennische Zeitung“. Die „Tennische Zeitung“ schreibt in ihrer Nr. 272 vom 18. November: „Auf unsere Erklärung zu der „Verächtigung“ des Herrn August Uebel werden wir nun von dem sozialdemokratischen Führer aufgefordert, Einzelheiten über die von uns geschilderte Szene mitzuteilen. Wir fassen uns kurz. Während der Parteitagswoche saßen an einem Abend (20. oder 21. September) zwischen 8 und 9 Uhr im Restaurant des Hotels „Kaiserhof“ an zwei Tischen Delegierte des Parteitages. Zwischen diesen beiden Tischen saßen unsere beiden Gewährsmänner. Das Gespräch wurde seitens der Herrn Genossen so laut geführt, daß es auch außerhalb des

Gold!

Ein Kalifornisches Lebensbild.
Von Friedrich Gerstücker.

(83. Fortsetzung.)

„Nun, Gentleman,“ sagte Smith mit äußerst artiger und gemühter Stimme, „finden Sie Ihre Arbeit nach Gebühr bezahlt?“

Beddors sah ihn von der Seite an, nahm dann den leeren Eimer in die Hand und ging langsam wieder der Grube zu, Fischer aber fing an zu schaukeln und antwortete ebenfalls nicht.

Mr. Smith klemmte seine überdies dünnen Lippen noch etwas fester zusammen und rief dann:

„Keiner Meinung nach, Sir, gehört unter Gentleman auf eine höfliche Frage auch eine höfliche Antwort.“

„Unter Gentleman, ja,“ sagte Fischer trocken — „mein Kamerad und ich haben aber, soviel ich weiß, nicht mit einander gesprochen.“

„Lad erklären Sie mich für keinen Gentleman, Sir?“ rief der Amerikaner, und die kleinen kostbaren Augen verschwanden fast unter den zusammengelegenen Brauen.

„Ich will Ihnen etwas sagen, Mr. Smith,“ erwiderte aber der Deutsche. „Hier arbeiten wir und haben keinem Menschen Rede zu stehen oder Rechtskraft zu geben, es sei denn vielleicht ein Beamter der Vereinigten Staaten. In denen zähle ich aber nicht das Spielergesindel, das sich in den Minen herumtreibt, und sollte Einer von denen zu uns kommen und unverschämmt werden, so gebe ich Ihnen mein Wort, daß wir ihm alle Knochen im Leibe entzweieltigen.“

Der Amerikaner griff langsam mit der Hand in seine Brusttasche, wo er jedenfalls seinen Revolver verborgen hatte. Schon kam aber der andere Deutsche ebenfalls wieder heran, und da Mr. Smith es gar nicht für möglich hielt, daß Jemand hier im Lande unhergehen könne, ohne eine Schuß-

waffe bei sich zu tragen, und doch nicht ganz so sicher war, inwiefern er die Leute einschüchtern könne, zog er die Hand zurück, ergriff den Bügel seines Pferdes auf, wärmte etwas in den Bart, das betraute wie „damned dutchmen“ klang und bog langsam wieder in den vorher verlassenen Pfad ein. Die beiden Deutschen lachten hinter ihm drein, und es war fast, als ob er bei dem Laut sein Tier noch einmal einzugeln wollte; aber er begann sich doch eines Besseren und verfolgte den einmal eingeschlagenen Weg.

„Das sind die Reaktionen der menschlichen Gesellschaft,“ sagte Fischer, als sein Kamerad wieder neben ihm stand und dem Reiter nachsah, „und wer die Amerikaner nach diesem Schindel beurteilen wollte, würde ein trauriges Urteil über sie fällen müssen. Glücklicher Weise denkt der rechtschaffene Amerikaner aber gerade so wie wir über sie, und nur hier in Kalifornien und in den westlichen und wilden Staaten der Union dürfen sie ihr Wesen treiben.“

„Was wollte denn der Deutsche?“

„Ganz herablassend ein Gespräch mit uns anknüpfen,“ sagte Fischer, „vielleicht sogar eine kleine Spielpartie aus freier Hand arrangieren. Es war: das erste Mal nicht, daß sie den Goldwäscher um seinen Ertrag gl ich aus der Maschire heraus befohlen hätten — ich ließ ihn aber ablaufen. Doch er mag zum Teufel gehen und wird uns hoffentlich nicht wieder in die Nähe kommen.“

Mr. Smith hatte indessen wahrscheinlich nicht in besonders guter Sonne denselben Stamm erreicht, über den hin der junge Graf Beddors vorher den Schatten bemerkt haben wollte. So wie er jetzt wieder mit dem geleerten Eimer zu der Grube zurückging, blickte er fast unwillkürlich den Gang hinauf, dem der Reiter folgte. In demselben Moment schaute dessen Pferd jäh zur Seite und Beddors sah, wie eine dunkle Gestalt gerade vor ihm in die Höhe sprang. Mr. Smith aber auf seinem wahrscheinlich höchst bräunem, indes jedenfalls sehr unsicheren Sitz, verlor das Gleichgewicht und rollte an der rechten Seite des Pferdes aus dem Sattel.

Wohl hatte er dabei diesen Bügel nicht losgelassen, ehe er aber nur im Stande war, wieder auf die Füße zu kommen, ja wahrscheinlich ehe er nur seine Lage recht begriff, tauchte aus allen benachbarten Büschen, wie aus dem Boden wachsend, Indianer auf, und der Wetze lag macht, und wehrlos in ihrer Gewalt, ehe er eine Waffe ergreifen oder sich zur Wehr setzen konnte.

Fischer, durch den pöblichen Lärm aufmerksam gemacht, war ebenfalls in die Höhe gesprungen, als der gelende Fußschiß des Ueberrasteten zu ihnen niederschallte.

„Den Teufel aus,“ rief Beddors, indem er fast unwillkürlich die dort am Boden liegende Dreifache aufgriff — „und wenn das ein Spieler ist, so können wir doch nicht geduldig mit zusehen, wie ihn die Rotzelle da oben ab-schlachten.“

„Schade wäre gerade nicht um ihn,“ meinte Fischer — „aber — Sie haben Recht. Wenn wir ihn helfen können, dürfen wir nicht wüßig bleiben. Wollen sie ihn aber umbringen, so schneiden sie ihm geschmal da oben den Hals ab, ehe wir hinstimmen.“ Und mit den Worten den neben ihm liegenden schwarzen Spaten aufgreifend, sprangen die beiden Männer so rasch sie konnten den ziemlich steilen Gang hinauf, bis sie den Steilweg erreichten und dann rascher vorwärts konnten. Jedem aber, und während das wilde Geschrei des Amerikaners noch immer durch die Berge drang, hielten sich etwa fünfzig Indianer um ihn gesammelt und seine Arme und Hände so mit Haß auf dem Rücken zusammengeknüpft, daß er nicht im Stande war, nur die geringste Bewegung mit ihnen zu machen. Aber die zu seiner Rettung anspringenden Deutschen hatte er entdeckt und in der nächsten Ebene bat er sie, ihn aus den Händen dieser Wölber zu befreien.

Beddors, als der Fünftigere der Weiden, war Fischer um etwa zwanzig Schritte voraus, und mit der gehobenen Dreifache wollte er auch ohne Weiteres, nur dieser ersten Rettung seiner Menschlichkeit folgend, mitten in die Schär der

Raumes gehört werden mußte. An dem Tische, an dem Bebel nicht saß, drehte sich die Unterhaltung um die „Vorwärts“-Angelegenheit. Bebel hörte vom andern Tisch aus plötzlich den Namen eines ihm anscheinend mißliebigen Genossen nennen, sprang auf, trat zu dem anderen Tisch hin und sprach auf die dort sitzenden Genossen mit sehr lauter, die innere Erregung veräußerlicher Stimme ein. Er erklärte dabei, daß er die Anstellung des betreffenden Genossen, den er als Sozialisten bezeichnete, nie und nimmer dulden werde. Das Charakteristische an diesem Ausbruch war, daß Bebel seinen Willen scharf betonte. Von dem an dem gleichen Abend anwesenden Genossen erkannten unsere Gewährsmänner außer Bebel noch Singer, Fabel, Röllensbühl, Gerisch und Südekum. Vielleicht genügen diese Angaben, um Herrn Bebel's Gedächtnis aufzufrischen. Der „Vorwärts“ hat die von uns geschilderte Szene als ein schlecht erfundenes Anekdotchen bezeichnet und an diese Behauptung „ökonomisch historische“ Stoffen angefügt. Wir erwarten, daß er von unseren Erklärungen in dieser Angelegenheit mit der gleichen Bereitwilligkeit Notiz nimmt, mit der er die ganze Sache als erfunden bezeichnete. — Als Antwort auf diese Darstellung schreibt dem „Vorwärts“ Genosse Bebel: „Ich erkläre auch die vorstehende Darstellung des Gewährsmannes der „Sensationalen Zeitung“ für eine dreiste Erfindung. Zunächst stelle ich fest, daß die Genossen Südekum und Fabel während der Kongresswoche kaum im Hotel „Kaiserhof“ in Jena gewesen sein dürften, jedenfalls habe ich keinen der beiden gesehen und ist auf keinen Fall einer der beiden an den bezeichneten Abenden im Hotel „Kaiserhof“ gewesen. Aber auch die übrige Darstellung ist erdichtet. Ich wiederhole, daß es sich an keinem Abend und zu keiner Zeit in Jena um die Anstellung eines Redakteurs des „Vorwärts“ oder eines Redakteurs für irgend ein anderes Parteiblatt gehandelt hat. Es ist ferner dreiste Erfindung der „Sensationalen Zeitung“, daß ich bei irgend einer Unterhaltung erklärt haben soll, daß ich die Anstellung irgend eines bestimmten Genossen nicht dulden würde. Hätte ich mir herausgenommen, eine solche unverschämte Bemerkung zu machen, so hätte ich sicher mit Recht eine Antwort bekommen, die ich nicht hinter dem Spiegel gesteckt hätte. Da ich jedoch, abends 7 Uhr, erst von einer Reise zurückgelehrt bin und den Kongress des Parteibüros der Redaktion des „Vorwärts“ mit der Erklärung des Jenaer Blattes vorfiel, ist es mir heute nicht mehr möglich, die Genossen Gerisch, Röllensbühl und Singer für die Richtigkeit meiner Angaben als Zeugen anzurufen. Das soll nachträglich geschehen. A. Bebel.“

Aus Nah und Fern.

In der folgenschweren „Silba“-Katastrophe, die bekanntlich 123 Menschen das Leben kostete, liegen noch folgende Einzelheiten vor: Aus St. Malo wird gemeldet, daß die Gerichte fast völlig wiederhergestellt seien. Der gereizte englische Heizer Günter erzählt, daß kleinerer Paul Katschard; alle Mann waren an Bord. Man versuchte die Boote hinabzulassen, doch die See ging so hoch, daß ein Entkommen unmöglich war. Günter kletterte sich an das Sprunggerüst des Turmastes an; unter ihm befanden sich neun von der Mannschaft und drei Franzosen, die in der Nacht starben. Ihre Leichen blieben im Totebleib hängen. Die „Silba“ scheiterte am 10. Uhr nachts; sie bewegte sich langsam, als sie anließ. Die sechs Überlebenden wurden in einem Boot des Dampfers „Aba“ nach 12stündiger Todesqual gerettet. — Eine an die Seepostamt in Drest gerichtete Depesche aus St. Gast meldet, daß die Leichen von 15 Schiffbrüchigen des in der Nähe von Exzembre gestrandeten englischen Dampfers „Silba“ an die Küste geschleppt worden sind. Die Gesamtzahl der geborgenen Leichen beträgt bis jetzt 51. — Aus St. Malo wird weiter berichtet: Aus St. Gast wurden die dort am 10. Uhr geborgenen Leichen des Kapitän Gregory und der englischen Passagiere Rool und Stanley hierhergebracht. Für die armen Familien der ertrunkenen Gewährsmänner werden Sammlungen veranstaltet. Die Genossenschaft, die aus einigen 60 Mitgliedern bestand, ist total vertriebt. Der Besizer des Bootes, der zur Unfallstelle gerollt war, erzählt, er habe mit der Hülfe eines Stück vom Kopf abhauen müssen, weil die Hände von toten Ratten das Holz unbrauchbar machten und nicht davon zu trennen waren. — Die bisher geborgenen Leichen von den Passagieren der „Silba“ haben bis auf eine Frau Rool und ihren Sohn noch nicht identifiziert werden können. Die Leiche des Kapitäns des Dampfers „Silba“ ist von dem

Torpedojäger „Mancier“, den der Seepostamt von Drest zur Bergung der Leichen an die Unfallstelle entsandt hatte, aufgefunden und gelandet worden. Ferner hat der „Mancier“ sechs Personen, die sich von Bord der „Silba“ retten konnten, hierher gebracht. Nach der Erzählung dieser Personen ereignete sich das Unglück Sonnabend abend 10 Uhr bei heftigem Schneetreiben in einer Entfernung von einigen hundert Metern von dem großen Leuchtturm. Das Schiff lief bei langsamer Fahrt auf; die eine Hälfte des Schiffes blieb auf dem Felsen liegen, die andere sank. Viele Passagiere kamen dadurch ums Leben, daß ihre Körper an den Felsen zerquetschten. Die meisten Passagiere waren Handelsleute aus Moscov, St. Poldecon und Hebeboh.

Wie man Soldatenshinder „exemplarisch“ bestraft. Das Kriegsgericht der 10. Division in Posen hatte den Unteroffizier Schubinski vom Fußartillerie-Regiment Nr. 5 wegen Mißhandlung Untergebener in 177 Fällen zu — 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Das Oberkriegsgericht ermäßigte diese Strafe noch auf 6 Wochen und 1 Tag Gefängnis, da „nur“ 174 Fälle sich feststellen ließen und die Mißhandlungen „aus besonderem Ehrgeiz“ begangen waren. Der Angeklagte war nämlich Rekrutenunteroffizier und als solcher „bestrebt“, seine Rekruten aufs schnellste „zu herbvortragenden Soldaten“ heranzubilden, und suchte dieses Ziel mit allen Mitteln zu erreichen. Die Mißhandlungen, die er sich dabei zu Schulden kommen ließ, wären aber niemals zur Anzeige gekommen, wenn nicht einmal ein Rekrut, zur Verzeihung getrieben, seinen Feind vor der Front mit dem Kolben geschlagen und schwer verletzt hätte, was ihm freilich zwei Jahre Gefängnis eintrug! Der Soldatenshinder aber erhält für 174 festgestellte Mißhandlungen ganze 43 Tage Gefängnis; d. h. jede Soldatenshinderlei (wie sie aus gesehen haben müssen, beweist die Verzeihungsstat des Rekruten) ist mit fünf und einer neuntel Stunde Gefängnis „gesühnt“.

Furchtbarer Unglücksfall von Singer Technikern. Sonnabend früh gegen 10 Uhr waren 3 Studierende des Singer Technikums in der Wohnung des einen zusammen. Der 19jährige Mathias Doehly aus Kolmar sprang plötzlich aus der Küche in den Hof auf die gusseisernen Deckel einer Abortgrube; der Deckel zerbrach und Doehly stürzte in die Grube. Der 20jährige Heinrich Hensjoh aus Bingerbrück wollte ihn retten, verschwand aber ebenfalls in der Grube. Doehly ist tot; bei Hensjoh waren die Wiederbelebungsbemühungen zwar erfolgreich, er ist aber in Lebensgefahr.

„Leiden“ eines Kronprinzen. Zwischen dem serbischen Kronprinzen und dessen ehemaligem Erzieher, dem französischen Major Debassent, kam es infolge eines Wortwechsels zu einer erregten Szene. Der König bestellte den Kronprinzen mit zehn Tagen Simecarrest. Der arme Kerl!

Eisenbahnunglück in Frankreich. Auf dem Bahnhof Montrejean in Südfrankreich stieß ein Personenzug mit einem Güterzug zusammen. Ein Lokomotivführer und ein Heizer wurden getötet und 30 Reisende verwundet, größtenteils leicht.

Ständesamtliche Nachrichten

vom 12. bis 18. November 1905.

Geburten.

- a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.
7. November. Mandatar C. Hüffer. 8. Schuhmacher A. Ehr. D. Will. Arbeiter J. E. L. Jeld. 9. Bäckerei-Besitzer J. A. F. Dammann. Hafenarbeiter E. G. L. Pannenschüel. Arbeiter H. J. F. Faust. Arbeiter W. B. E. Müller. 10. Hafenarbeiter A. G. J. C. Frahm. 11. Arbeiter J. F. J. Döller. Konditor H. Falke. 12. Konditor J. Th. B. Jäger. Hausmeister J. A. H. G. Haase. Tischler R. F. W. Th. Brühl. Auslands-Fleischbesitzer G. Hülsbeamer G. E. J. A. H. Grabner. Arbeiter J. W. Hoff. 13. Plantagenbesitzer J. F. Ed. Rittmann (Nahuatun) in Guatemala. Arbeiter J. H. J. C. Oriem. 14. Schuhmann F. F. J. Bruse. Pantoffelmacher G. F. A. Stamer. Maurer J. C. C. Erdmann. Arbeiter J. F. H. Hinge. Schlosser E. Georg. 15. Arbeiter J. F. Ehr. gen. G. Godtshulien (Zwillingen). Zoologe Dr. phil. P. G. E. Dunder. 16. Bäcker G. J. G. E. Flottow. 17. Schlosser D. W. J. Behnien.
- b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.
30. Oktober Klempler J. G. R. Westhof. 4. November.

Walden hinein springen, als sich die ganze Rasse: derselben ihm entgegenwarf und jenseits Pfeile, auf der angespannten Sehne ruhend, seine Brust bedrohten.

„Hörst, Fischer?“ rief er, dadurch nicht im Mindesten eingeschüchtert, seinem Kameraden zu — „hol die Fritschepfeile der Haler; was wir einem halben Dutzend der Burschen unserer Gegend zu schmecken gegeben haben, werden sie schon verschmecken.“

Fischer hatte übrigens von diesen Pfeilen ein ganz andere Meinung, denn in so großer Höhe waren sie tödlich gewesen, da die nur höchst dünnsten Stämme mit Widerhaken fast jedesmal in der Wunde stecken blieben.

„Halt, Beckhoff!“ rief er ihm deshalb erschrocken zu. „Wenn Sie sich keiner größeren Gefahr aussetzen, als unangenehm nötig ist, denn erst wollen wir versuchen, was sich mit Ueberredung bei den Spaniern anrichten läßt.“

„Hörst, Rattung! Um Gottes Jesu willen hast mir!“ rief er da wieder, als er sah, daß die Pfeile jagten, der Spanier, indem er unerschrocken verfuhr, sich von seinen Wunden zu befreien. „Schick die Hände wieder wie die Pfeile — oh, daß ich meine Arme frei hätte!“

„Heda, Jhr Leute!“ rief der Fischer, der jetzt leuchtend herankam, die Indianer in Spanien an, denn Einige von ihnen schanden fast immer die Sprache, die sie früher in den Niederungen durch den Verkehr mit den Spaniern gelernt hatten. „Jhr dürft den Mann nicht anbringen.“

Es wußte der Fischer von Spaniern, aber kein verständiger Spanier würde, antwortete ihm, und wieder gestellte der Hauptmann des Spaniers durch die Luft. Eine Anzahl der Indianer hatte ihn gefaßt, um ihn den Weg hinanzuführen.

„Das ist eine verfluchte Geschichte“, sagte Fischer — „wir zwei können nichts mit der Wunde anfangen, noch dazu ganz ohne Waffen, wie wir sind; was wollen wir auch sonst tun?“

und fortzupringen und Hüfte holen wollte, können wir doch zu spät.“

„Was können sie nur gegen den Amerikaner haben, während sie uns ganz unbelästigt lassen? Wir dürfen den Nord nicht zugeben.“

„Das ist derselbe Lump, der neulich einen ihres Stammes erschossen hat.“ sagte Fischer, und wahrscheinlich wollen sie sich jetzt an ihm rächen. Recht haben sie, so viel ist sicher, aber wir müssen doch sehen, ob wir ihn frei bringen. Mich können auch die meisten von ihnen, und ich will einmal versuchen sie gehen; bleiben Sie übrigens mit Ihrem Stief in der Nähe, denn so gereizt, möchte ich ihnen nicht zu viel traue.“

Seinen Spaten schulternd, lag Fischer jetzt rasch den Hügel hinauf und suchte zu dem Gefangenen durchzukommen. Einige wollten ihn allerdings daran verhindern, andere aber wussten diesen wieder, und so überholte er bald die Burschen, die den Unglücklichen bergen schleppten. Die Bewaffneten waren ihm aber ebenfalls nicht von der Seite gewichen, und wenn auch Einer von ihnen seine Hand machte, ihm selber ein Leid zuzufügen, drückten sie sich doch zwischen ihn und den Gefangenen und ließen ihn nicht näher heranzukommen.

Beckhoff interressierte, der fürchtete, daß sein Kamerad unter den Indianern leicht zu Schaden kommen könnte, ohne daß er dazu imstande gewesen wäre ihm beizuhelfen, stieg in raschen Schritten den Berg hinauf, und blieb hier, den anwesenden Indianern den Weg abzuweisen, indem er sie zu ermahnte. Fischer, als er das sah, folgte seinem Beispiel, und die beiden Männer, seit entflohen, die Eingeborenen unter ihrer Bedingung ungeschädigt weiter zu lassen, hielten stand.

„Ich will Euch etwas sagen“, rief ihnen Fischer mit lauter Stimme zu. „Ihr müßt nicht ganz ortlos kommen.“

- Schiffskapitän C. Bierow. 5. Maurer J. G. N. Rudin. 7. Former G. M. F. M. Dieb. 8. Werkmeister A. S. N. Müller. 9. Hobelst Sergeant J. F. C. Rüd. Baupolizei-Kontrollor J. Ehr. Meggers. Tischler Ed. A. Meschomat. 10. Bauunternehmer W. J. G. Bierow. 11. Schneider F. J. J. Schmidt. Schuhmacher G. C. Ehr. Boller. Maurer R. J. Th. L. Schröder. Gärtner C. F. A. Schwarz. Tischler F. H. J. Bachholt. Lagerist P. F. G. Bering. 12. Bote J. L. C. Evers (Zwillingen). Schlosser U. Bommersheim. 13. Eisenbahn-Expeditions-Affistent U. Besser (Zwillingen). Eisenbahnkremer G. H. A. Bandhold. Musikalienhändler C. Robert. Brenner H. G. Ehr. Schmidt. Ingenieur J. G. J. Wrede. Maschinenlosser J. W. G. Schroeder. Arbeiter G. M. L. Heid. 14. Schiffszimmermann C. Ehr. Burmeister. Kutscher G. J. F. Culert. 15. Arbeiter G. A. W. Müller. Arbeiter E. F. G. Hellmann. 16. Schmied J. Wielandt. Segelmacher J. J. F. Braack. 17. Versicherungsbeamter J. G. B. Paritong.

Storbefälle.

11. August. Auf der Reise von Hamburg nach Talcahuano ertrunken: Leichtmatrose G. A. J. Greve, 18 J. 11. November. F. J. E. M. geb. Gode, Ehefrau des Kaufmannes W. Ehr. E. Biegel, 52 J. Privatmann G. H. Meyerhoff, 69 J. 12. E. J. A. Fick, 2 J. 9 M. Musiker R. G. Pflüger, 66 J. 13. Gärtner J. G. G. Scheel, 82 J. R. Karlsson, 19 J. E. C. W. Bannow, 5 J. 9 M. Privatmann G. J. Müller, 75 J. G. F. C. geb. Wogt, Ehefrau des Zimmermannes W. A. M. Flenz, 30 J. 14. E. C. A. Saumann, 3 J. F. Becker, 1 M. E. C. L. geb. Rohwig, Ehefrau des Güterbodenarbeiters E. A. L. Siebuhl, 29 J. 15. Kaufmann W. G. Seyte, 79 J. A. C. M. geb. Münter, Ehefrau des Arbeiters W. G. Ehr. Kerner, 27 J. J. C. E. C. geb. Münter, Ehefrau des Arbeiters E. J. F. Dibbert, 23 J. C. H. L. Klutas, 7 J. Arbeiter U. J. C. Jurs, 27 J. G. A. Mehrens, 8 M. Händler J. Ehr. G. Sommer, 49 J. 16. Arbeiter J. J. B. Berning, 69 J. P. A. W. Kradom, 7 M. Klempner J. C. A. Vendias, 25 J. G. Johannsen, 18 J. 17. E. M. D. R. geb. Kote, Ehefrau des Laternenwärters C. Ehr. W. Moltmann, 46 J. E. M. C. Meier, 9 M. Hülfslokalpfeifer J. Ehr. A. Baumann, 59 J. Arbeiter B. G. Kuesch, 84 J. M. L. Köpke, 1 J. 4 M. Kaufmann D. Ehr. J. Iwerfen, 58 J.

Angerordnete Aufgebote.

14. November. Zigarrenhändler G. D. Metshert und F. Brantl, beide in Hamburg. Zabatpinner U. B. G. E. B. Gaertel und C. L. F. C. Brenner. Arbeiter J. Kleinigat und F. A. M. F. Renning, beide in Althof. Gärtner F. W. Kruse und G. M. C. E. Becker, beide in Wernigerode. Arbeiter J. G. Brandt und Witwe M. M. R. Nitz geb. Meyer, beide in Henefeld. 15. Schlosser G. D. Kroente zu Dortmund und W. M. D. Doert. Straßenreiner J. G. C. Hagen und M. E. D. Jabs in Buchholz. 16. Arbeiter A. W. Bader und E. A. Schwarz. Schneider F. Braun und E. M. E. Niemann genannt Gopp. 17. Krieter A. G. J. Schöning und M. G. F. Regius in Gulin. Schuhmann W. R. Kugner und G. A. J. A. Rod. Handlungsgelasse C. Bräutigam und H. G. Vollstädt genannt Wulff. 18. Grenzaufseher W. W. Weich in Navelund und E. M. D. Baumann. Bäcker Ehr. W. C. Rod und B. M. A. Wittern. Diätar W. D. F. Zepplin in Bestermarktsdorf und F. C. M. Kuppman. Lehrer F. W. Schröder und L. A. A. Welz in Kiel. Arbeiter D. C. A. W. Essler und F. C. E. C. Dankert, beide in Wittenburg.

Ehefestschungen.

14. Schuhmacher F. F. W. Krausmann und P. M. B. Hamann. Tischler G. Weichel und F. C. E. Brandt. Friseur F. D. J. M. R. Soltmann und E. M. Th. W. Schüt. Kaufmann C. H. L. E. A. Württenberger und E. C. D. Koffin. 17. Lithograph E. A. H. Groth und A. M. J. Wilde. Pianist E. E. S. D. Dürkoop und E. Duna. Koch M. C. Kint und F. S. D. Dord. Maurer W. G. Ehr. M. Wegener und W. A. C. Leig. Privatmann Ehr. G. F. Holt und F. L. M. Bälter. 18. Kaufmann F. Ehr. L. Martens und A. D. M. Schuble. Maurer H. F. L. Bietrie in Hamburg und M. J. C. E. Wernemünde. Arbeiter F. Lomad und A. C. Schröder. Maler A. Sulzmann und B. M. F. Kerner, Handlungsgelasse J. C. G. Glandorf in Hamburg und M. M. Ehr. Steen. Kaufmann Ehr. G. Lübbers in Hamburg und B. W. Bernheimen. Arbeiter D. F. G. Groth und A. S. E. Kipp. Seemannschiff C. C. W. Franzen und W. G. E. Burmeister. Schriftfeger E. J. S. Kugleb und A. L. Birnschein. Portier Ehr. G. W. Schlemeide in Hamburg und E. M. C. Hahn. Maler A. J. Ehr. Betermann und A. R. J. Stahl, beide in Bremen. Arbeiter G. H. C. Söhl und E. M. Kleinberg. Buchdrucker F. Ehr. J. G. G. Jesse und B. M. C. Bentin. Arbeiter C. H. W. Wegner und F. J. J. Bölsow. Maurer W. G. Müller und M. C. Ehr. Koop.

waren, und daß Ihr mich versteht, weiß ich. Wenn Ihr den Burschen da jetzt nicht frei und laufen laßt, so schlage ich dem ersten, der mir nahe kommt, den Schädel auseinander.“

Oben in den Büschen raschelte es und brach es plötzlich und als sich die beiden Deutschen dorthin umsahen, erkannten sie einen neuen Trupp Indianer, die an der Wand nieder sprangen.

„Alle Wetter“, sagte Beckhoff leise, „jetzt wird die Geschichte fatal. Ich denke, wir springen ohne Weiteres ein und schneiden die Bande des Gefangenen durch, nachher sind wir unserer drei.“

„Repos!“ rief Fischer statt aller Antwort aus — „Gott sei Dank, da kommt der Häuptling zu rechter Zeit. Das ist der vernünftigste Indianer im ganzen District, und er wird nicht zugeben, daß sie den Burschen da ermoorden; weiß er doch recht gut, wie ihm die Amerikaner nachher dafür auf den Nacken sitzen würden.“

Es war wirklich der Häuptling, der, von vielleicht zwanzig anderen Indianern gefolgt, mit langen Sägen den steilen Hang niedergeschungen kam und erst ankam, als er die Burschen dort erblickte. Fischer eilte ihm gleich entgegen und hat ihn eindringlich, seine Leute abzuhalten, daß sie den Mann nicht ermoorden.

Auch Mr. Smith hatte den Häuptling zu seinem Entsetzen erkannt, denn wohl wußte er, was er von dessen Hand verdient und wahrscheinlich jetzt auch zu erwarten hatte. Von dem Angerückten an Schrie er nicht mehr um Hüfte, aber die Kraft, mit der er, wenn auch vergebens, an seinen Banden rief, verriet er zu deutlich die Todesangst, die ihn erfaßt hatte. Wenn ihm recht geschah, das süßte er, so war er verloren.

(Fortsetzung folgt.)